Landkreis Nienburg/Weser
1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms –
Windenergienutzung
Entwurf 2014

Abwägung der eingegangenen Hinweise, Anregungen und
Bedenken – Stand: September 2014 –
(Dritte Auslegung)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeines	2
2. Bodenschutz	8
3. Flugsicherheit	9
4. Planungskonzept	13
5. Planungsrecht	15
6. Rohstoffgewinnung	22
7. Technische Infrastruktur	22
8. Umweltbericht	31
9. Wasserwirtschaft	33
10. Wohnen	34

Hinweis:

Unterhalb der Themen sind die Eingaben nach der Verteiler-Nummer sortiert:

- Nr. 1 – 12 Verwaltungseinheiten Landkreis Nienburg
- Nr. 13 – 19 Benachbarte Träger der Regionalplanung
- Nr. 20 – 26 Ministerien und Bezirksregierungen
- Nr. 27 – 54 Behörden des Bundes und der Länder
- Nr. 55 – 162 Sonstige Behörden, Körperschaften, Verbände
- Nr. 162 – 210 Nr. 162 – 210 im lfd. Verfahren aufgenommene weitere Träger öffentlicher Belange
(u. a. Nr. 210: ArL Leine-Weser)
- Nr. 300 – 624 Private und juristische Personen

Danach erfolgt i.d.R. eine Sortierung nach Nummer des Entwurfgebiets. Ist die Eingabe grundsätzlicher Natur oder bezieht sich auf eine andere Örtlichkeit, wird die Nummer 0 vergeben.

1. Allgemeines

ID 1306	Verteiler-Nr. 1	Stadt Nienburg/Weser Stellungnahme vom 28.08.2014	Suchfläche Nr. 19
Allgemeines			
<p>...die von Ihnen auf Ihrer Internetseite www.kreis-ni.de/windenergie3 eingestellten geänderten Planungsunterlagen habe ich geprüft. Daraus ergibt sich, dass Eingriffe in das Landschaftsbild durch Windenergieanlagen im Umfeld der Stadt Nienburg/Weser nicht erheblicher ausfallen können als im bislang vorliegenden Planentwurf. Dies betrifft insbesondere sämtliche Änderungen bezüglich des nun künftig als Eignungsgebiet festgelegten Gebietes Nr. 19 "Westlich Sonnenborstel", welches in Nachbarschaft zum Nienburger Ortsteil Erichshagen-Wölpe liegt. Damit verschärfen sich auch nicht die Beeinträchtigungen für die Siedlungsgebiete der Stadt Nienburg durch Windenergieanlagen. Zu begrüßen ist, dass der Grundsatz bezüglich einer Fristsetzung zur Prüfung und Anpassung kommunaler Flächennutzungspläne entfallen ist da sie einen Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit dargestellt und unnötigen Planungsdruck ausgelöst hätten. Insofern freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Belange der Stadt Nienburg/Weser durch die gegenüber dem letzten Beteiligungsschritt vorgenommenen Änderungen an Ihrem Planentwurf nicht berührt werden.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1310	Verteiler-Nr. 14	Landkreis Schaumburg Stellungnahme vom 25.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...zu dem geänderten Entwurf (Aktualisierung 2014) der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis NienburgA/Weser - Teilabschnitt Windenergie - sind von mir keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1347	Verteiler-Nr. 16	Landkreis Verden Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...seitens des Landkreises Verden bestehen keine Bedenken gegen die geplante Änderung des RROP.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1367	Verteiler-Nr. 17	Region Hannover Stellungnahme vom 19.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...im Nachgang zu meiner Stellungnahme vom 12.09.2014 zum oben genannten Beteiligungsverfahren bestehen aus Sicht des Naturschutzes (Naturpark Steinhudermeer) keine Anregungen und Bedenken.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			

ID 1311	Verteiler-Nr. 19	Kreis Minden-Lübbecke Stellungnahme vom 21.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...zur 1. Änderung des o. g. Regionalen Raumordnungsprogramms - Teilabschnitt Windenergie - sind vom Kreis Minden-Lübbecke keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1313	Verteiler-Nr. 33	Luftfahrt-Bundesamt Stellungnahme vom 27.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...wir bestätigen Ihnen den Eingang Ihres Schreibens an das Luftfahrt-Bundesamt (LBA) vom 01. August 2014. Bezüglich der von Ihnen dem Schreiben beigefügten "Erneuten Beteiligung im Rahmen der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) 2003, Teilabschnitt Windenergie, gemäß § 3 Abs. 6 NROG. Hier: Aktualisierung des Entwurfes 2013; verkürzte Auslegung" teilen wir Ihnen mit, dass wir keine Zuständigkeiten des LBA berührt sehen. Wir würden Ihnen nochmals empfehlen, eine mögliche Beteiligung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung (BAF), www.baf.bund.de , zu prüfen und das BAF in Ihren Verteiler mit aufzunehmen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Folgen. Das BAF wurde beteiligt und in den Verteiler aufgenommen.			
ID 1314	Verteiler-Nr. 34	Deutscher Wetterdienst Stellungnahme vom 27.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...zu o. a. Vorhaben erteilen wir als "Träger öffentlicher Belange" keine Auflagen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1315	Verteiler-Nr. 36	Deutsche Telekom Technik GmbH Stellungnahme vom 13.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Durch die 1. Änderung des RROP 2003, Teilabschnitt Windenergie, Nienburg, werden die Interessen der Telekom zurzeit nicht berührt. Gegen die geplanten Maßnahmen bestehen somit von unserer Seite keine Bedenken,			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			

ID 1316	Verteiler-Nr. 44	Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Wunstorf Stellungnahme vom 08.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...die von Ihnen übersandten Unterlagen gem. o.a. Bezug habe ich heute zuständigkeitshalber an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr - Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn abgegeben.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1348	Verteiler-Nr. 44	Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Wunstorf Stellungnahme vom 27.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...der im Betreff aufgeführte Vorgang wurde durch die BImA dem BwDLZ Wunstorf vorgelegt. Ich darf Ihnen hiermit mitteilen, dass die Angelegenheit zuständigkeitshalber dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) Referat Infra I 3 (Träger öffentlicher Belange) in Bonn zur weiteren Bearbeitung vorgelegt wurden. Die Anschrift lautet wie folgt: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3 TOB, Fontainengraben 200, 53123 Bonn.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme. Das BAIUDBw wurde beteiligt.			
ID 1317	Verteiler-Nr. 55	Handwerkskammer Hannover Stellungnahme vom 22.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...die o. g. Planung haben wir eingehend geprüft. Anregungen werden unsererseits nicht vorgebracht.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1344	Verteiler-Nr. 92	Erdgas Münster GmbH Stellungnahme vom 03.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
Betroffene Anlagen: Gashochdruckleitung 10 Voigtei - Landesbergen I Gashochdruckleitung 11 Voigtei - Landesbergen II Kabel LWL-505 Betriebsplatz Mobil - Station Voigtei Kabel LWL-500 Voigtei - Landesbergen - Hütten ...vielen Dank für Ihr Schreiben, mit dem Sie uns als Träger öffentlicher Belange am obigen Verfahren beteiligen. In Bezug auf unsere Stellungnahme vom 12.11.2013 (unser Zeichen: 2012-0194-3) im bisherigen Verfahren ergeben sich keine neuen Anregungen oder Bedenken. Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			

ID 1319	Verteiler-Nr. 95	Exxon Mobil Production Deutschland GmbH Stellungnahme vom 28.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...die ExxonMobil Production Deutschland GmbH (EMPG) nimmt die Betriebsführung für die Produktionsaktivitäten einschließlich des Betriebs des Produktionsleitungsnetzes der BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG (BEB), der Mobil Erdgas-Erdöl GmbH (MEEG) und den Tochtergesellschaften wahr.</p> <p>Wir schreiben Ihnen im Auftrag der BEB, der MEEG und der NEAG, danken Ihnen für die Beteiligung in der o.a. Angelegenheit und möchten Ihnen mitteilen, dass unsererseits keine weiteren Anmerkungen oder Hinweise erforderlich sind. Unsere heutige Stellungnahme bezieht sich auf den derzeitigen Planungsstand. Laufende Baumaßnahmen sowie zukünftige Planungen sind in dieser Stellungnahme nicht enthalten.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1349	Verteiler-Nr. 105	Avacon AG Stellungnahme vom 08.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...die Anschlussmöglichkeiten von Windenergieanlagen an unser Versorgungsnetz ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Zum Entwurf der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms haben wir weder Einwände noch Anregungen vorzutragen.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1321	Verteiler-Nr. 114	Evangelische Kirche von Westfalen Stellungnahme vom 27.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...gegen die obengenannte Planung bestehen keine Bedenken.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1320	Verteiler-Nr. 120	Bistum Osnabrück Bischöfliches Generalvikariat Stellungnahme vom 28.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
<p>...mit vorgenanntem Schreiben haben Sie uns über die Änderungen zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) 2003, Teilabschnitt Windenergie gern § 3 Abs 6 Niedersächsisches Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) informiert und zugleich um eine Stellungnahme gebeten. Hinsichtlich der Änderungen verweisen Sie auf die Homepage des Landkreises Nienburg/ Weser.</p> <p>Hiermit darf ich Ihnen mitteilen, dass zu den Planungen des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2003, Teilabschnitt Windenergie, weder von der örtlich zuständigen Kath. Kirchengemeinde St. Christophorus, Stolzenau, noch von unserer Seite Anregungen oder Bedenken vorzutragen sind.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			

ID 1368	Verteiler-Nr. 124	Harzwasserwerke GmbH Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
....Die Harzwasserwerke GmbH ist von der Aktualisierung des Entwurfs nicht betroffen. Wir verweisen auf unser Schreiben vom 17.01.2014 und bitten um dessen Beachtung.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme. Das Schreiben wurde im Rahmen der Abwägung zum Entwurf 2013 berücksichtigt (siehe 1117).			
ID 1322	Verteiler-Nr. 141	Landkreis Nienburg/Weser, Fachbereich Ordnung und Verkehr Stellungnahme vom 03.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
Im Fachbereich 17 wurden die Unterlagen von den Fachdiensten 172, 173 und 175 beurteilt. Es gab keine Bedenken oder Anmerkungen			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1323	Verteiler-Nr. 151	Landkreis Nienburg/Weser, Fachdienst Wasserwirtschaft Stellungnahme vom 20.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...seitens des Fachdienstes Wasserwirtschaft werden im Rahmen der erneuten Beteiligung weder Anregungen vorgebracht noch Bedenken erhoben.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1327	Verteiler-Nr. 177	Stadt Neustadt am Rübenberge Stellungnahme vom 02.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...abgesehen von den Hinweisen in unserem Schreiben vom 30.10.2013 hat die Stadt Neustadt a. Rbge. keine weiteren Anregungen oder Hinweise.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1359	Verteiler-Nr. 179	Stadt Petershagen Stellungnahme vom 28.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...zur vorgenannten Änderung des RROP für den Landkreis Nienburg/Weser, Teilabschnitt Windenergie, Aktualisierung des Entwurfs 2013, werden von hier keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			

ID 1334	Verteiler-Nr. 181	Stadt Espelkamp Stellungnahme vom 25.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Nienburg/Weser bestehen seitens der Stadt Espelkamp keine Bedenken. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme möchte ich mich bedanken.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1335	Verteiler-Nr. 188	DEN GmbH Stellungnahme vom 25.08.2014	Suchfläche Nr. 15
Allgemeines			
...eine Prüfung hat ergeben, dass durch die Erweiterung des Vorranggebietes 15 – südlich Lohof – eplus-Belange nicht berührt werden.			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
ID 1336	Verteiler-Nr. 196	GDF SUEZ E6P Deutschland GmbH Stellungnahme vom 21.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
Eine Überprüfung des Sachverhaltes ergab, dass im Bereich der I. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2003 - Teilabschnitt Windenergie - keine Anlagen unseres Unternehmens liegen. Unsere Stellungnahme vom 25.06.2012, in der wir auf unsere Belange bzgl. des Regionalen Raumordnungsprogramms hingewiesen haben, behält auch weiterhin Gültigkeit. Für unsere Beteiligung in dieser Angelegenheit bedanken wir uns und bitten Sie, uns auch weiterhin zu beteiligen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1362	Verteiler-Nr. 205	Tennet TSO GmbH Stellungnahme vom 09.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...die wesentlichen Änderungen im Zuge der Aktualisierung des Entwurfs 2013 der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2003, Teilabschnitt Windenergie, berühren keine von uns wahrzunehmenden Belange. Ergänzungen oder Änderungen sind nicht mitzuteilen. Auf unsere im Verfahren abgegebenen Stellungnahmen wird verwiesen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1337	Verteiler-Nr. 206	Amprion GmbH Stellungnahme vom 01.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Allgemeines			
...mit Schreiben vom 22.01.2014 haben wir eine Stellungnahme zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms abgegeben. Ergänzend zu dieser Stellungnahme teilen wir Ihnen mit, dass auch im Bereich der nun im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung vorgenommenen Änderungen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens verlaufen. Planungen von Höchstspannungslei-			

tungen für diese Bereiche liegen aus heutiger Sicht nicht vor. Gegen einen Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms in der nun eingereichten Fassung bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken. Diese Stellungnahme betrifft nur die von uns betreuten Anlagen des 220- und 380-kV-Netzes.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

2. Bodenschutz

ID 1342	Verteiler-Nr. 39	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 02.09.2014	Suchfläche Nr. 0
--------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Bodenschutz

Aus Sicht der Fachbereiche Landwirtsch./Bodenschutz, Geologie/Boden und Rohstoffwirtschaft wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Wir verweisen auf unsere Stellungnahme (Az. L 3.3-L68502-03-2013-0026-Ma/Loe) vom 25.11.2013, die weiterhin gültig ist. Die Stellungnahme liegt in Kopie diesem Schreiben bei.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1340	Verteiler-Nr. 39	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 02.09.2014	Suchfläche Nr. 1
--------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Bodenschutz

Aus Sicht des Fachbereiches Bauwirtschaft wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen:
 In Teilen des Landkreises Nienburg sind in Bereichen von Salzstockhochlagen aufgrund der dort im Untergrund anstehenden löslichen Gesteine (Salz, Gips), die geologischen Voraussetzungen für das Entstehen von Erdfällen gegeben. Im Rahmen des Raumordnungsprogramms (RROP) 2003, Teilabschnitt Windenergie, liegt der nordöstliche Randbereich der Fläche 1 (nördlich Hilgermissen) über einer Salzstockhochlage.
 Im Internet-Kartenserver des LBEG (www.lbea.niedersachsen.de) können Informationen zur Lage von Salzstockhochlagen sowie von bekannten erdfallgefährdeten Gebieten (gehäuftes Auftreten von Erdfällen) und Einzelerdfällen abgerufen werden. Für in erdfallgefährdeten Gebieten geplante Windenergieanlagen sind gegebenenfalls entsprechende konstruktive Sicherungsmaßnahmen einzuplanen.
 Für die geotechnische Erkundung des Baugrundes sind die allgemeinen Vorgaben der DIN EN 1997-1:2009-09 mit den ergänzenden Regelungen der DIN 1054:2010-12 und nationalem Anhang DIN EN 1997-1/NA:2010-12 zu beachten. Der Umfang der geotechnischen Erkundung ist nach DIN EN 1997-2:2010-10 mit ergänzenden Regelungen DIN 4020:2010-12 und nationalem Anhang DIN EN 1997-2/NA:2010-12 vorgegeben.
 Vorabinformationen zum Baugrund können dem Internet-Kartenserver des LBEG (www.lbea.niedersachsen.de) entnommen werden.
 Diese Stellungnahme ersetzt keine geotechnische Erkundung des Baugrundes.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Die Hinweise sind im Rahmen der Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 berücksichtigt worden (Synopse, ID 1025).

ID 1358	Verteiler-Nr. 150	Landkreis Nienburg, Fachdienst Umweltrecht und Kreisstraßen Stellungnahme vom 15.09.2014	Suchfläche Nr. 15
Bodenschutz			
<p>Zu 1. Zeichnerische Darstellung: Erweiterung des Vorranggebiets 15 – Südlich Lohhof (Anlass: Wegfall einer Wohnnutzung) Altlasten Die von der Änderung betroffenen Grundstücke werden im Altlastenkataster des Landkreis Nienburg/Weser nicht geführt. Bodenschutz Die Böden der von der Änderung betroffenen Grundstücke weisen keine besonderen Standorteigenschaften auf.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
3. Flugsicherheit			
ID 1308	Verteiler-Nr. 3	Flecken Steyerberg Stellungnahme vom 15.08.2014	Suchfläche Nr. 9
Flugsicherheit			
<p>Umwandlung des Zieles Z 4 in einen Grundsatz G 1 und Wegfall des visuellen Denkmalschutzes Durch die Umwandlung der Regelung für die Mindesthöhe von Windenergieanlagen in einen Grundsatz obliegt die Frage von geringeren Höhenfestsetzungen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung nun den Kommunen. Diese Frage ergibt sich in jedem Fall für die nördliche Erweiterungsfläche des Vorranggebietes Nr. 10, soweit die Neufestsetzung über das jetzige Gebiet hinausgeht, denn die denkmalgeschützte Lage der Kirche "Rießen" wird optisch gestört. Gleiches gilt für die Höhe der Windenergieanlagen im Vorranggebiet Nr. 9 in Bezug auf die Flugbewegungen der Bundeswehr-Hubschrauber über Deblinghausen in Richtung des Außenlandeplatzes Düdinghausen. Beide Fragestellungen werden im Rahmen der F-Planänderung behandelt und ggf. auf die nachgeordnete Ebene der Bebauungspläne verwiesen. Dort sind in jedem Fall abwägungsrelevante Aussagen zu beiden Flächen zu erwarten.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Kenntnisnahme.			
ID 1357	Verteiler-Nr. 22	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur / Bundesministerium für Verteidigung Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Flugsicherheit			
<p>Zu dem o. a. Entwurf übersende ich Ihnen anliegend die Stellungnahme des für die betroffenen Fachplanungen des Bundes zuständigen Bundesministeriums der Verteidigung. Bundesministerium für Verteidigung mit Schreiben vom 03.09.2014: "Mit Ihrem o.a. Schreiben vom 20. August 2014 hatten Sie um Prüfung gebeten, ob nunmehr durchgeführte Änderungen im "Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Nienburg/Weser; Teilabschnitt Windenergie; Aktualisierung 2013" "Planungen und Maß-</p>			

nahmen der Bundeswehr behindern könnten. Hierzu teile ich mit:
Die vom Landkreis Nienburg/Weser ausgeplanten Vorrangflächen für Windenergieanlagen liegen innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des militärischen Flugplatzes Wunstorf sowie teilweise im Interessengebiet der Luftverteidigungsanlage Visselhövede. Ob und inwieweit sich mögliche Störpotentiale auf die o. g. Anlagen auswirken, kann in dieser frühen Planungsphase - ohne das Vorliegen konkreter Angaben wie Koordinaten oder Bauhöhen - nicht beurteilt werden."

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1350	Verteiler-Nr. 112	Deutsche Flugsicherung GmbH Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 6
--------------------------	------------------------------------	---	-------------------------

Flugsicherheit

...durch die Plangebiete Nr. 6 (Nördlich Gadesbünden), Nr. 8 (Südlich Wendenborstel), Nr. 12 (Östlich Husum) sowie Nr. 19 (Westlich Sonnenborstel) ist der Anlagenschutzbereich gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlage betroffen:
- VOR Nienburg (NIE) - (Geogr. Koordinaten (ETRS89): 52 37' 33,186318"N, 9 22' 19,135851" E, Höhe des Geländes 51,5 m ü. NN)
Die geäußerten Bedenken aus unserer Stellungnahme 201303462 vom 06.01.2014 wurden gemäß der Abwägung von Ihnen zur Kenntnis genommen. Wir bekräftigen diese Stellungnahme, da unsere Bedenken weiterhin bestehen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1351	Verteiler-Nr. 112	Deutsche Flugsicherung GmbH Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 8
--------------------------	------------------------------------	---	-------------------------

Flugsicherheit

...durch die Plangebiete Nr. 6 (Nördlich Gadesbünden), Nr. 8 (Südlich Wendenborstel), Nr. 12 (Östlich Husum) sowie Nr. 19 (Westlich Sonnenborstel) ist der Anlagenschutzbereich gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlage betroffen:
- VOR Nienburg (NIE) - (Geogr. Koordinaten (ETRS89): 52 37' 33,186318"N, 9 22' 19,135851" E, Höhe des Geländes 51,5 m ü. NN)
Die geäußerten Bedenken aus unserer Stellungnahme 201303462 vom 06.01.2014 wurden gemäß der Abwägung von Ihnen zur Kenntnis genommen. Wir bekräftigen diese Stellungnahme, da unsere Bedenken weiterhin bestehen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1352	Verteiler-Nr. 112	Deutsche Flugsicherung GmbH Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 12
--------------------------	------------------------------------	---	--------------------------

Flugsicherheit

...durch die Plangebiete Nr. 6 (Nördlich Gadesbünden), Nr. 8 (Südlich Wendenborstel), Nr. 12 (Östlich Husum) sowie Nr. 19 (Westlich Sonnenborstel) ist der Anlagenschutzbereich gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlage betroffen:
- VOR Nienburg (NIE) - (Geogr. Koordinaten (ETRS89): 52 37' 33,186318"N, 9 22' 19,135851" E, Höhe des Geländes 51,5 m ü. NN)

Die geäußerten Bedenken aus unserer Stellungnahme 201303462 vom 06.01.2014 wurden gemäß der Abwägung von Ihnen zur Kenntnis genommen. Wir bekräftigen diese Stellungnahme, da unsere Bedenken weiterhin bestehen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1353	Verteiler-Nr. 112	Deutsche Flugsicherung GmbH Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 19
--------------------------	------------------------------------	---	--------------------------

Flugsicherheit

...durch die Plangebiete Nr. 6 (Nördlich Gadesbünden), Nr. 8 (Südlich Wendenborstel), Nr. 12 (Östlich Husum) sowie Nr. 19 (Westlich Sonnenborstel) ist der Anlagenschutzbereich gem. § 18 a LuftVG der folgenden Flugsicherungsanlage betroffen:

- VOR Nienburg (NIE) - (Geogr. Koordinaten (ETRS89): 52 37' 33,186318"N, 9 22' 19,135851" E, Höhe des Geländes 51,5 m ü. NN)

Die geäußerten Bedenken aus unserer Stellungnahme 201303462 vom 06.01.2014 wurden gemäß der Abwägung von Ihnen zur Kenntnis genommen. Wir bekräftigen diese Stellungnahme, da unsere Bedenken weiterhin bestehen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1339	Verteiler-Nr. 344	Blanke, Meier, Evers, Rechtsanwälte Stellungnahme vom 20.08.2014	Suchfläche Nr. 11
--------------------------	------------------------------------	---	--------------------------

Flugsicherheit

...wie Ihnen aus unseren Stellungnahmen aus den Jahren 2008, 2010, 2013 und 2014 bekannt ist, vertreten wir die rechtlichen Interessen der Bürgerwindpark Estorf GmbH & Co.KG. Namens und in Vollmacht unserer Mandantin möchten wir folgende Stellungnahme abgeben:

Sachverhalt

Im ersten Entwurf zur 1. Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Nienburg/Weser. Es war zunächst vorgesehen, dass Vorranggebiet 11 (nordöstlich Landesbergen) in Richtung Estorf zu vergrößern. Zum besseren Verständnis ist als Anlage 1 eine Übersichtskarte beigefügt. Die Erweiterungsfläche befindet sich im nördlichen Teil. In diesem Bereich plant unsere Mandantin die Errichtung von Windenergieanlagen und hat die erforderlichen Grundstücke bereits seit langem zivilrechtlich gesichert.

Aus dem Entwurf zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm (RRÖP) für den Landkreis Nienburg/Weser - Teilabschnitt Windenergie (Aktualisierung 2013) geht hervor, dass aus dem Vorranggebiet 11 für Windenergienutzung die nördliche rund 73 ha große Teilfläche herausgenommen worden ist. Begründet wird die Herausnahme damit, dass der Gleitschirmclub Landesbergen e.V. dort eine Start- und Landebahn betreibt, für welche er eine unbefristete Flugerlaubnis des Deutschen Hängegleiterverbandes e.V. (im Folgenden DHV, Auftraggeber des Bundesverkehrsministeriums) besitzt. Da dies der einzige, genannte Grund war, warum die Fläche wieder aus dem Vorranggebiet herausgenommen wurde, trat unsere Mandantin in Verhandlungen mit dem Gleitschirmclub Landesbergen e.V. über den Verzicht auf die Flugerlaubnis ein. Wie Ihnen bereits bekannt ist, liefen diese Verhandlungen für unsere Mandantin erfolgreich. Bereits in unserer Stellungnahme vom 13. Februar 2014 haben wir darauf hingewiesen, dass der Gleitschirmclub Landesbergen e.V. bereit ist, auf seine Flugerlaubnis zu verzichten. Mit Schreiben vom 13. Juni 2014, welches wir als Anlage 2 beifügen, erklärte der Gleitschirmclub Landesbergen e. V. nochmals gegenüber dem Landkreis Nienburg/Weser den Verzicht auf die Flugerlaubnis ab dem Zeitpunkt, ab dem mit der Errichtung von Windenergieanlagen begonnen wird.

Aus der Beschlussvorlage 2014/131 des Landkreises Nienburg/Weser vom 18. Juni 2014 zur "1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (Windenergienutzung) - Entwurf 2013 - Hier: 2. Auslegung: Abwägung der Stellungnahmen", welche als Anlage 3 beigefügt ist, ergibt sich, dass aufgrund der Verzichtserklärung des Gleitschirmclubs Landesbergen e. V. das Vorranggebiet 11 nördlich Landesbergen voraussichtlich wieder vergrößert werden soll. Aus dem Entwurf der 1. Änderung des regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2003 -Teilabschnitt Windenergie - Aktualisierung 2014 (Seite 80) geht hervor, dass das Vorranggebiet 11 nördlich Landesbergen nun doch nicht mehr vergrößert werden soll. Dabei wird nun wieder auf die Flugaktivitäten des Gleitschirmclubs Landesbergen e. V. und die bestehende Flugerlaubnis verwiesen.

Rechtliche Würdigung

Die Herausnahme der nördlichen Fläche aus dem Vorranggebiet 11 ist in keiner Weise verständlich. Der einzige Grund, der einer Ausweisung entgegenstand, ist ausgeräumt worden. Aus der oben genannten Beschlussvorlage ist ersichtlich, dass auch der Landkreis Nienburg/Weser als Plangeber davon ausgegangen ist, dass einer Ausweisung aufgrund des Verzichts des Gleitschirmclubs Landesbergen keine Gründe mehr entgegenstehen. Der nun erfolgte Rückschritt des Landkreises Nienburg/Weser ist daher nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund wiederholen wir nochmals unsere Ausführungen aus unserer Stellungnahme von 5. August 2014.

1. Verzicht des Gleitschirmclub Landesbergen e.V.

Der Verzicht des Gleitschirmclub Landesbergen e.V. vom 13. Juni 2014 wurde ohne Widerrufsvorbehalt oder dergleichen erklärt. Er ist also unwiderruflich in der Welt und kann weder zurückgenommen werden, noch bedarf es zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung des DHV, der als Beauftragter des Bundesministeriums für Verkehr für die Erlaubniserteilung zuständig ist. Denn der Gleitschirmclub Landesbergen e.V. ist ein rechtlich selbständiger Verein. Die ursprüngliche Erlaubnis für die Start- und Landestrecke ist alleine dem Gleitschirmclub Landesbergen e.V. erteilt worden bzw. betrifft das von diesem gehaltene Gelände. Damit aber ist alleine der Gleitschirmclub Landesbergen e.V. Berechtigter aus dieser Erlaubnis und nicht der DHV. Da die Erlaubnis nur auf Antrag erteilt wird, unterliegt sie daher auch nur der Disposition des Antragstellers, also des Berechtigten. Mit dem Verzicht erlischt die Erlaubnis, ohne dass es noch einen Mitwirken der ausstellenden Behörde oder - wie hier - des DHV als Beauftragter bedarf (siehe zu vergleichbaren Fällen des Verzichts auf eine Baugenehmigung oder immissionsschutzrechtliche Genehmigung: VGH Mannheim, Urt. v. 10.11.1993- 3 S 11 20/92-jurisRz.31; BVerwG, Urt. v. 15.12.1989-4 C 36/86-juris Rz. 32). Aufgrund des Verzichts erlischt die Erlaubnis dann auch automatisch (VGH Mannheim, a.a.o., juris Rz.41). Der Verzicht ist deshalb bereits zu diesem Zeitpunkt wirksam und unwiderruflich. Der Ausweisung der gesamten Fläche stehen daher keine anderweitigen Belange mehr entgegen. Die Verkleinerung, des Vorranggebietes 11 nördlich Landesbergen ist daher nicht erforderlich. Daher kann hier die gesamte Fläche für die Planung berücksichtigt werden.

2. Belange des Estorfer Gleitschirmclubs

Auch die Aktivitäten des neu gegründeten Estorfer Gleitschirmclubs können zu keinem anderen Ergebnis führen. Dieser Verein besitzt noch keine Flugerlaubnis für eine Strecke im herausgenommen nördlichen Teil, des an das Vorranggebiet 11 angrenzenden Gebietes. Eine Erlaubnis für die bestehende Strecke des Gleitschirmclubs Landesbergen e.V. - was wohl angedacht war - wird der neue Estorfer Gleitschirmclub nach Auskunft des DHV aber nicht bekommen, solange das Gelände vom Gleitschirmclub Landesbergen e. V. betrieben wird und noch eine Erlaubnis für das Gelände besteht. Die Erlaubnis des Gleitschirmclubs Landesbergen e. V. erlischt aber aufgrund des abgegebenen Verzichts erst mit dem Beginn der Errichtung der Windenergieanlagen. D.h., der Estorfer Gleitschirmclub hätte erst zu dem Zeitpunkt überhaupt die Möglichkeit eine Erlaubnis für die bestehende Strecke zu erlangen und selbst dann hinge dies noch von anderen Faktoren, wie bspw. der Zustimmung der Grundstückseigentümer ab. Zur Errichtung von Windenergieanlagen kann es aber nur kommen, wenn das Vorranggebiet 11 in nördlicher Richtung vergrößert wurde. Wenn dies geschehen ist, steht aber das Regionale Raumordnungsprogramm der Erlaubniserteilung entgegen. Es ist für den Estorfer Gleitschirmclub daher nahezu ausgeschlossen, für die

Bestandstrecke eine Flugerlaubnis des DHV zu erlangen. Aus diesem Grund können die Belange des Estorfer Gleitschirmclubs der Vergrößerung des Vorranggebietes 11 nicht entgegenstehen.

Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass die Verkleinerung des Vorranggebietes 11 nördlich Landesbergen weiterhin nicht erforderlich ist und die gesamte Fläche für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung steht.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die Einwände können im Rahmen der 1. Änderung des RROP 2003 nicht berücksichtigt werden. Folgende Gründe sind dafür ausschlaggebend:

1. Planungskonzept

Es wurde raumordnerisch geprüft, ob der Bereich des Gleitschirmfluggeländes in das geplante Vorranggebiet 11 einbezogen werden kann. Nach dem Planungskonzept wird der Startbereich in einem Umkreis von 400 m als weiches Tabu-Kriterium eingestuft. Dies gilt für alle Fluganlagen im Landkreis Nienburg/Weser, um der Sicherheit des Flugverkehrs Rechnung zu tragen (siehe auch Begründung Ziffer 2.4.2.4).

Darüber hinaus wurde bei der Planaufstellung auch geprüft, ob der Windenergienutzung auf Grundlage der geplanten Flächenkulisse einschließlich des Repowering-Bedarfs ausreichend Raum verschafft wird. Angesichts der geplanten Flächenumfangs ist dies gegeben. Hierzu wird auf Ziffer Ziffer 2.6 der RROP-Begründung hingewiesen. Auf dieser Grundlage besteht keine Notwendigkeit, weitere Flächen für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung in Anspruch zu nehmen.

Fazit: Solange für das Gelände noch eine Flugerlaubnis besteht, ist dieser Bereich für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergienutzung im RROP ausgeschlossen. Ansonsten würde dies dem schlüssigen Planungskonzept widersprechen.

2. Erlaubnis gemäß § 25 Luftverkehrsgesetz

Durch die Beauftragungsverordnung des Bundesverkehrsministeriums vom 16.12.1993 ist der Deutsche Hängegleiterverband e. V. (DHV) zuständig für die Erteilung der Erlaubnisse zum Starten und Landen mit Hängegleitern und Gleitsegeln außerhalb der genehmigten Flugplätze (§ 25 Abs. 1 LuftVG). Der DHV hält an seiner erteilten Erlaubnis für das Fliegen von Hängegleitern in Estorf fest. Er teilt mit Stellungnahme vom 29.07.2014 mit, dass für das Schleppgelände „Estorf“ in 31629 Estorf am 02.01.1996 eine Außenstarterlaubnis gem. § 25 LuftVG erteilt wurde. Weiter: "Geländehalter ist der Gleitschirmclub Landesbergen e.V. Diese Erlaubnis wurde unbefristet erteilt. Die Zustimmungen der Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten zur Nutzung der Schleppstrecke liegen aktuell vor. Von Seiten des Naturschutzes bestehen keine Einwände gegen den Flugbetrieb. Die Geländeeignung ist gegeben – vorausgesetzt, dass im Umkreis von 400 m keine Windkraftanlage gebaut wird. Damit sind alle erforderlichen Voraussetzungen für die Außenstarterlaubnis erfüllt. Der Vorsitzende des Gleitschirmclubs teilte uns zudem mit, dass der Verein das Gelände weiterhin nutzen wird und der Club erst mit Errichtung des Windparks auf eine Alternativstrecke ausweichen wird. Die Erklärung vom 13.06.2014 liegt Ihnen vor. Die Erlaubnis hat daher weiterhin Gültigkeit und wird zu diesem Zeitpunkt von unserer Seite als Zulassungsstelle nicht widerrufen." Nach einer weiteren Nachfrage teilt der DHV am 10.09.2014 mit, dass zur Zeit kein Handlungsbedarf bestehe, da der Verein keinen sofortigen Widerruf beantragt hat.

4. Planungskonzept

ID 1318	Verteiler-Nr. 56	Industrie- und Handelskammer Hannover Stellungnahme vom 25.08.2014	Suchfläche Nr. 0
--------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Planungskonzept

...zu dem o. g. Planentwurf hat die Industrie- und Handelskammer Hannover mit Schreiben vom 24. Januar 2014 und 11. Februar 2010 Stellung genommen. Im Hinblick auf die jetzt vorgelegte überarbeitete Fassung halten wir diese Stellungnahmen aufrecht. Wir bleiben weiterhin bei unserer Auffassung, dass es im Sinne einer zukunftsorientierten Revitalisierung einer brachgefallenen Industriefläche zielführend ist, einen Teilbereich der ehemaligen Pulverfabrik Liebenau (heutiges IVG-Gelände) als Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie auszuweisen. Aus unserer Sicht zeigen der "Umweltbericht zur 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2003 Teilabschnitt Windenergie für den Landkreis Nienburg / Weser, Aktualisierung 2014", und die Untersuchungsergebnisse der "Begutachtung von Windenergiestandorten im Zuge der 1. Änderung des RROP Teilabschnitt Windenergie für den Landkreis Nienburg/Weser, Aktualisierung 2013", dass der Standort "IVG-Gelände Eickhofer Heide" sich in Teilbereichen als Vorranggebiet eignet. Die vollständige Nicht-Berücksichtigung auch der geeigneten Bereiche lediglich auf Grundlage der sogenannten Restriktionskriterien ist aus unserer Sicht kritisch zu bewerten. Die Möglichkeit zur innovativen Nachnutzung einer ehemaligen und derzeit ungenutzten Industriefläche wird hier vom Landkreis Nienburg leider nicht aufgegriffen.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die Hinweise können nicht im Rahmen der 1. Änderung des RROP berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1000, 1054). Die Abwägungsvorschläge sind vom Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen worden. Auf dem Erörterungstermin am 30.07.2014 sind die vorgetragenen Einwände und Hinweise mit dem Flecken Steyerberg erörtert worden (siehe Protokoll vom 01.08.2014). Neue Erkenntnisse für die 1. Änderung des RROP 2003 haben sich daraus nicht ergeben.

ID 1332	Verteiler-Nr. 164	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, Flecken Bruchhausen-Vilsen, Gemeinde Martfeld Stellungnahme vom 01.09.2014	Suchfläche Nr. 2
--------------------	------------------------------	--	-------------------------

Planungskonzept

Vorranggebiet WE 02 nordwestlich Hoyerhagen

Die Ausweisung des geplanten Vorranggebietes WE 02 würde den Landschaftsraum zwischen Martfeld und Hoyerhagen deutlich überformen. Die aktuelle, auf dem Gebiet der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen liegende Fläche für Windenergienutzung würde sich mehr als verdoppeln. Eine Bewertung der Wirkungsanalyse legt nahe, dass die Belange der Bevölkerung eine zusätzliche Belastung durch das vorgesehene Vorranggebiet nicht zulassen.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen hat der Landkreis Nienburg / Weser in seiner Stellungnahme vom 07.04.2008 auf die besondere Bedeutung der Naherholung und des Tourismus in der Samtgemeinde Hoya hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass in diesem Bereich die Vorsorgegebiete für Erholung und die landschaftlich noch weitgehend unbeeinträchtigten Räume von der Windenergie freigehalten werden sollen.

Aus diesem Grund sei der Teilbereich in Hoyerhagen im RROP 2003 und im F-Plan der Samtgemeinde Hoya von der Windenergienutzung ausgeschlossen worden. Es fehlt in den Unterlagen eine nachvollziehbare Begründung für die Änderung dieses Planungsziels.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die geäußerten Einwände können im Rahmen des weiteren Verfahrens nicht berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1140), die vom Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen wurde und nach wie vor gilt.

ID 1331	Verteiler-Nr. 164	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, Flecken Bruchhausen-Vilsen, Gemeinde Martfeld Stellungnahme vom 01.09.2014	Suchfläche Nr. 2
Planungskonzept			
<p>3. Abstand zwischen Vorranggebieten Windenergienutzung Ausgehend von der Begründung der Planung des RROP, insbesondere unter Bezugnahme auf die Übersichtskarte Vorranggebiete, S. 4, und der Ziff. 2.3, S. 26 unter Hinweis auf die entsprechenden Runderlasse des seinerzeitigen MI vom 11.07.1996 und des ML vom 6.01.2004, wonach die Empfehlung, dass bei der Entscheidungsfindung im Rahmen des Abwägungsvorgangs zwischen den einzelnen Vorgang- oder Eignungsgebieten von einem Abstand von 5.000 m und zu Gebieten mit Wohnbebauung von einem Mindestabstand von 1.000 m auszugeben sei, wird hiervon in rechtswidriger und widersprüchlicher Art und Weise abgewichen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Nds. Oberverwaltungsgerichts seit dem Jahr 2001 ist anerkannt, dass die Abstände zwischen den sog. Windfarmen von 5 km zwar einerseits nur Empfehlungscharakter hat, aber andererseits auch für die Planung diese Empfehlung einen festen Orientierungsrahmen bildet, von dem nur in begründeten Einzelfällen abgewichen werden kann. Eine solche Begründung ist hier nicht im Ansatz dargelegt. Im Gegenteil: Unter 2.4.2.24, S, 49 ff., der Begründung zur I. Änderung des RROP wird gerade der 5-km-Abstand zwischen den Vorranggebieten der Windenergienutzung - in Kenntnis des Runderlasses des ML vom 26.04.2004 mit einer "weichen" Begründung im Zusammenhang mit der Begründung 3.2 auf S. 63 unten ignoriert. Und dies in positiver Kenntnis, dass sich auf dem Gebiet der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen ein bestehender Windpark in unmittelbarem Zusammenhang mit dem geplanten Standort (neues Vorranggebiet 2, SO Grafschaft Hoya, nördlich Hoyerhagen) befindet. Eine konsequente Anwendung des Kriteriums hätte dazu führen müssen, dass um den in der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen dargestellten Windpark "Neue Weide" in Martfeld ein 5 km Radius gezogen wird. Daraus resultierend kann das Von-anggebiet WE02, nordwestlich von Hoyerhagen nicht im RROP des Landkreises Nienburg / Weser dargestellt werden. Grundsätzlich sind die Abstandsempfehlungen kein verbindlicher Planungsgrundsatz, allerdings ist eine mögliche Modifizierung aus städtebaulichen Gründen nur unter besonderen abwägungsrelevanten Gründen möglich, die in diesem Fall jedoch nicht vorliegen.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
<p>Nicht folgen. Die geäußerten Einwände können im Rahmen des weiteren Verfahrens nicht berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1139), die vom Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen wurde und nach wie vor gilt.</p>			
5. Planungsrecht			
ID 1309	Verteiler-Nr. 3	Flecken Steyerberg Stellungnahme vom 15.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Planungsrecht			
<p>IVG-Gelände Das IVG-Gelände wird weder als Vorrang- noch als Eignungsfläche für WEA ausgewiesen. Dieses entspricht auch den bisherigen Absprachen sowohl der Kommunen untereinander als auch mit dem Landkreis Nienburg/Weser. Wie bereits ausgeführt beabsichtigt der Flecken</p>			

Steyerberg, seinen F-Plan zeitnah an die Vorgaben des RROP anzupassen. Ich betone daher ausdrücklich und zum wiederholten Male, dass der Flecken Steyerberg und die Samtgemeinde Liebenau bereits seit geraumer Zeit gemeinsam mit dem Grundstückseigentümer und unter Einbeziehung des Landkreises Nienburg/Weser an entsprechenden Konzepten und Ideen arbeiten, um das ehemals militärisch genutzte Gelände einer zivilen Nachnutzung zuzuführen. Die Änderung des RROP sollte daher dieser planerischen Zielsetzung Rechnung tragen und die Erforschung erneuerbarer Energien einschl. der Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich zulassen bzw. auf die Planungsebene der Kommunen verweisen. Der Hinweis in der Expertise zum Umweltbericht auf die bestehenden Vorbelastrungen, die Funktion des "Tarnwaldes" des überwiegend minderwertigen Kiefernwaldes und die vorhandenen Erschließungsanlagen reichen nicht aus, um im konkreten Planungsvorgang nicht in einen Konflikt mit dem RROP zu geraten. Die notwendigen WEA als "Anhängsel" zu einer anderen Hauptnutzung werden in dem Gelände in einer bestimmten Anzahl stehen, sichtbar sein und sich innerhalb der 5-km - Radien der beiden Vorrangstandorte Nr. 9 und Nr. 10 befinden. Wenn der Landkreis Nienburg - wie bisher - an einer zivilen Nachnutzung der Konversionsfläche "IVGGelände" Interesse hat muss das RROP nach meiner Auffassung einen planerischen "Türöffner" für Windenergieanlagen auf der kommunalen Planungsebene enthalten. Ein Hinweis auf die 2. Änderung des RROP geht zeitlich fehl, denn der Flecken Steyerberg wird in der jetzigen F-Planänderung bereits Aussagen zur Windenergienutzung im IVG-Gelände treffen. Ich gehe davon aus, dass bei Beibehaltung der jetzigen Ausführungen im RROP und den ergänzenden Unterlagen dem Flecken im F-Planverfahren nicht entgegengehalten wird, dass eine Windenergienutzung im IVG-Gelände den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung widerspricht.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die Hinweise können nicht im Rahmen der 1. Änderung des RROP berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (Synopse, ID 1000). Die Abwägungsvorschläge sind vom Kreis-ausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen worden. Auf dem Erörterungstermin am 30.07.2014 sind die vorgetragenen Einwände und Hinweise erörtert worden (siehe Protokoll vom 01.08.2014). Neue Erkenntnisse für die 1. Änderung des RROP 2003 haben sich daraus nicht ergeben.

ID 1307	Verteiler-Nr. 3	Flecken Steyerberg Stellungnahme vom 15.08.2014	Suchfläche Nr. 10
--------------------	------------------------	--	--------------------------

Planungsrecht

Umwandlung des Zieles Z 4 in einen Grundsatz G 1 und Wegfall des visuellen Denkmalschutzes

Durch die Umwandlung der Regelung für die Mindesthöhe von Windenergieanlagen in einen Grundsatz obliegt die Frage von geringeren Höhenfestsetzungen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung nun den Kommunen. Diese Frage ergibt sich in jedem Fall für die nördliche Erweiterungsfläche des Vorranggebietes Nr. 10, soweit die Neufestsetzung über das jetzige Gebiet hinausgeht, denn die denkmalgeschützte Lage der Kirche "Rießen" wird optisch gestört. Gleiches gilt für die Höhe der Windenergieanlagen im Vorranggebiet Nr. 9 in Bezug auf die Flugbewegungen der Bundeswehr-Hubschrauber über Deblinghausen in Richtung des Außenlandeplatzes Düdinghausen.

Beide Fragestellungen werden im Rahmen der F-Planänderung behandelt und ggf. auf die nachgeordnete Ebene der Bebauungspläne verwiesen. Dort sind in jedem Fall abwägungsrelevante Aussagen zu beiden Flächen zu erwarten.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1328	Verteiler-Nr. 12	Samtgemeinde Uchte Stellungnahme vom 04.08.2014	Suchfläche Nr. 15
--------------------	-----------------------------	--	--------------------------

Planungsrecht

...seitens des Fleckens Uchte ist eine Entwicklung des Industriegebietes Uchte in südöstliche und nördliche Richtung geplant, entsprechende Ansiedlungswünsche von heimischen Firmen liegen vor. Ein Aufstellungsbeschluss hierüber soll in der nächsten Ratssitzung gefasst werden.

Die geplante großräumige Ausweitung des Vorranggebietes würde zu Einschränkungen der zulässigen Lärmkontingente führen und eine geordnete städtebauliche Entwicklung nicht zulassen.

Abwägungsvorschlag

Siehe ID 1365.

ID 1365	Verteiler-Nr. 12	Samtgemeinde Uchte Stellungnahme vom 17.09.2014	Suchfläche Nr. 15
--------------------------	-----------------------------------	--	--------------------------

Planungsrecht

...die Samtgemeinde Uchte steht einer Ausweisung von weiteren Flächensplittern im Vorranggebiet 15 südlich Lohhof aus folgenden Gründen kritisch gegenüber und beantragt den Verzicht auf die Ausweisung aus folgenden Gründen:

Sie konterkarieren das bestehende städtebauliche Konzept der Samtgemeinde. Dies ist auf eine klare Funktionstrennung und -clustering angelegt und hat sich bewährt.

Siedlungszusammenhänge, Außenbereich und Industriegebiet sind erkennbar getrennt und entsprechen daher in besonderer Weise den Anforderungen des Trennungsgebotes gem. § 50 BImSchG. Eine weitere technische Überformung mit den damit verbundenen Immissionskontingenten ostwärts der B 61 würde die bestehenden städtebaulichen Strukturen erheblich beeinträchtigen.

Die Samtgemeinde hat mit der Drucksache Nr. 2014/SG-080 vom 21.08.2014 (siehe Anlage) einen Aufstellungsbeschluss zur Änderung des F-Planes gefasst, der diesem Prinzip folgt (siehe Anlage). Er sieht eine Erweiterung des Industriegebietes vor, die die Bundesstraße im Westen und den aktuellen Grundstückszuschnitt südwestlich der Verwaltung aufgreift. Die landschaftsbildorientierte Gestaltung wird dadurch fortgesetzt. Es kommt hinzu, dass die Erschließung des Gebietes im Süden über eine bestehende Gemeindestraße zur B61 hin Synergieeffekte nutzt, was dem Gebot des Flächensparens und der Kostenminimierung entgegenkommt.

Die Gemeinde hat im Zuge der Vorbereitungen bereits Eigentumsflächen im Plangebiet gebildet, um die wirtschaftliche Weiterentwicklung -speziell für ortsansässige Logistikunternehmen- sicherzustellen. Es gibt bereits ernsthafte Interessensbekundungen zur Ansiedlung, so dass die bestehenden Betriebe als auch die neu hinzukommenden Gewerbebetriebe einen wichtigen Beitrag zur Förderung der heimischen Wirtschaft als auch zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten werden.

Neben dem städtebaulichen Grundgedanken sind auch immissionsrechtliche Zielkonflikte vorprogrammiert, weil die bereits vorhandenen Windkraftanlagen eine erhebliche Vorbelastung für das bestehende Gebiet darstellen, die nicht verfestigt werden sollte. Die Verwaltung hat bereits umfänglich vorgearbeitet. Es wäre fatal, diese Leistungen gegenstandslos zu machen, denn das Grundzentrum ist Entwicklungsschwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und muss sich im Sinne der regionalplanerischen Funktionszuweisung um die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bemühen.

Der Planungsauftrag an das Büro Reinhold, Rinteln für die weiterführende Erstellung des Bebauungsplanes sowie der parallel durchzuführenden Änderung des Flächennutzungsplanes ist in der Vergabephase; die Gremienfolge nach der Sommerpause steht fest.

Wir geben ferner zu bedenken, dass der Zugewinn an Vorrangfläche sich verhältnismäßig gering darstellt und es auch aus Gründen der Vorbelastung der Schalleistungspegel des GI zweifelhaft ist, ob eine parallele Nutzung möglich ist. Es steht daher zu befürchten, dass die östlich der Bundesstraße geplanten Vorrangflächen für Windenergie aus diesem Grund nicht auf Realisierung ausgelegt sind, weil die Ausnutzung der im Industriegebiet zulässigen Lärm-

kontingente den Windenergieanlagen angerechnet werden müssen.
 Die Samtgemeinde sieht ihre Flächen hier als Potential der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit des Standortes und würde sie nicht anderweitig nutzen, obwohl sie im Norden des Vorranggebiets selbst von der Planung profitieren würde.

Abwägungsvorschlag

Folgen.

Den städtebaulichen Hinweisen und Einwänden wird gefolgt und der Flächenzuschnitt auf die Flächen südlich der B 61 beschränkt. Es handelt sich bei den Erweiterungsflächen um kleine Splitterflächen, die direkt an das Industriegebiet angrenzen. Um die städtebauliche Ziele der Samtgemeinde Uchte zu berücksichtigen, wird die etwa 3 ha große Teilfläche nördlich des Industriegebiets wieder herausgenommen. Die Entwicklung des Vorranggebiets soll auf die Flächen südlich der B 61 beschränkt werden, um das Industriegebiet, das als hartes Tabukriterium gänzlich ohne Pufferzone in die Planung eingestellt wurde, in seiner weiteren Entwicklung nicht einzuschränken. Im RROP 2003 ist Uchte als Grundzentrum mit der Schwerpunktaufgabe "Sicherung und Entwicklung von Arbeitsstätten" festgelegt. Die Errichtung von WEA in den Randbereichen des Industriegebietes würde der Ansiedlung neuer Betriebe entgegenstehen. Ebenso ist aufgrund der dort vorhandenen Immissionsvorbelastung durch den vorhandenen Industriegebiet und den südlich der B 61 vorhandenen Windpark davon auszugehen, dass der Betrieb von WEA dort nur unter Einschränkungen möglich wäre. Raumordnerisch wird daher eine Konzentration der WEA südlich der B 61 verfolgt. Eine Notwendigkeit, die Flächensplitter am Industriegebiet ins Vorranggebiet einzu beziehen besteht nicht, da der Windenergienutzung auf Grundlage des Flächenumfangs ausreichend Rechnung getragen wird.

Die weitere, rd. 3 ha große, Teilfläche westlich des Industriegebiets entfällt aufgrund der Hinweise und Bedenken der Deutschen Bahn AG und der Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA GmbH). Dort führt die Anwendung eines vorsorglichen Sicherabstands von 180 m zur Bahnstrecke zur Aufgabe der Erweiterung.

ID 1329	Verteiler-Nr. 164	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, Flecken Bruchhausen-Vilsen, Gemeinde Martfeld Stellungnahme vom 01.09.2014	Suchfläche Nr. 2
--------------------	------------------------------	--	-------------------------

Planungsrecht

I. Höhe der Anlagen

Die gesamte Planung des RROP richtet sich an Windenergieanlagen mit einer Höhe von 200 m aus (Seite 30 der Begründung). Aufgrund der zusätzlich erforderlichen Kennzeichnungspflichten nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen ab einer Höhe von 150 m wird zum Schutz des Landschaftsbildes eine generelle Beschränkung der Anlagenhöhe auf

150 m gefordert. Soweit auf den Windpark in Hoyerhagen nicht verzichtet wird, sollte diese Einschränkung aber in jedem Fall für dieses Gebiet vorgenommen werden, da der Windpark direkt an den Windpark in Martfeld angrenzt, für den der Bebauungsplan der Gemeinde Martfeld eine Höhenbeschränkung auf 150 m festsetzt. Nur so kann gewährleistet werden, dass das Landschaftsbild nicht dauerhaft durch unterschiedliche Höhen der Windkraftanlagen zusätzlich geschädigt wird.

In Bebauungsplänen können Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V.m. § 16 BauNVO aufgenommen werden, sofern dem nicht Ziele der Raumordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG entgegenstehen. § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO verpflichtet sogar zur Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen, wenn ohne ihre Festsetzung öffentliche Belange, insbesondere das Orts- und Landschaftsbild - wie hier - beeinträchtigt werden können. Nach der Rechtsprechung des Nds. Oberverwaltungsgerichts sind im (norddeutschen) Flachland Außenbereichsstandorte durch die bauliche Nutzung bei Windkraftanlagen von 100 m Gesamthöhe "betroffen", d.h., es kann von einer raumbedeutsamen Windkraftanlage ausgegangen werden.

Nach der Änderungsbegründung (S. 32, Ziff. 2.4.2.1) wären Anlagen (danach) auf eine Gesamthöhe von etwa 165 m zu begrenzen.
Darüber hinaus würden die unterschiedlichen Anlagen durch die unterschiedliche Drehfrequenz zu einer weiteren Belastung des Landschaftsbildes führen.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die geäußerten Einwände können im Rahmen des weiteren Verfahrens nicht berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1337), die vom Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen wurde und nach wie vor gilt.

ID 1370	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
--------------------	------------------------------	---	-------------------------

Planungsrecht

1. Raumordnerische Belange gemäß des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) sowie genehmigungsrelevante Aspekte
Ziel Z 3

In Satz 2 werden alle Windenergieanlagen ab einer Höhe von 50 m als raumbedeutsam definiert. Diese Regelung begegnet auch weiterhin rechtlichen Bedenken. Nach der Rechtsprechung des OVG (12 LB 218/08) ist: „[...] (auch) der Träger der Regionalplanung grundsätzlich befugt, die Raumbedeutsamkeit von Vorhaben mit Verbindlichkeit für die Ebene der Vorhabenzulassung festzulegen“. Das ist nicht zu beanstanden. Das OVG (12 LB 218/08) führt allerdings weiter aus und verweist in diesem Zusammenhang auf die höchstrichterliche Rechtsprechung dazu: „Der Vorstellung, die Raumbedeutsamkeit einer Windkraftanlage sei mit Blick auf eine bestimmte Größenordnung zu definieren und lasse sich ab einer bestimmten Meterabgabe eindeutig beantworten, hat das Bundesverwaltungsgericht ausdrücklich eine Absage erteilt“ (4 B 36.02).

Die Frage nach der Raumbedeutsamkeit beurteilt sich, nach höchstrichterlicher Rechtsprechung, nach den tatsächlichen Umständen des Einzelfalls (BVerwG 4 C 4.02). Die Raumbedeutsamkeit einer Windkraftanlage kann sich insbesondere aus ihren Dimensionen (Höhe, Rotordurchmesser), aus ihrem Standort oder aus ihren Auswirkungen auf bestimmte Ziele der Raumordnung (z.B. Schutz von Natur und Landschaft, Erholung und Tourismus) ergeben.

Sofern die Raumbedeutsamkeit von Windkraftanlagen ab einer Höhe von 50 m für den gesamten Planungsraum festgelegt werden soll, muss die Begründung an die durch die Gerichte formulierten Maßstäbe und an die Definition in § 3 Nr. 6 ROG anknüpfen. Vorhaben sind als raumbedeutsam zu qualifizieren, wenn sie „Raum in Anspruch nehmen“ oder durch sie die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebietes beeinflusst werden. Da die Raumbedeutsamkeit von Windkraftanlagen abschließend für den gesamten Planungsraum festgelegt werden soll, wäre die Frage, ob die Windkraftanlagen ab 50 m auch für den gesamten Planungsraum (und nicht nur für die Konzentrationsflächen) raumbedeutsam sind, zu klären.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1371	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 19
--------------------	------------------------------	---	--------------------------

Planungsrecht

1. Raumordnerische Belange gemäß des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) sowie genehmigungsrelevante Aspekte ...

Grundsatz G 2

Der als Grundsatz G 2 aufgeführte Satz normiert keine planerische Festlegung, sondern enthält lediglich eine Darstellung der gültigen Rechtslage. Insofern stellt er weder Ziel noch Grundsatz i. S. des § 3 Abs. 1 ROG dar und sollte auch nicht so gekennzeichnet werden. In der Begründung auf S. 91 findet sich hierzu auch nur die mit der „Festsetzung“ verbundene Intention, wonach im Eignungsgebiet „Westlich Sonnenborstel“ die Errichtung und die Erweiterung landwirtschaftlicher Anlagen möglich sein sollen. Diese grundsätzliche Möglichkeit ist bereits immanenter Bestandteil der Ausweisung eines Eignungsgebietes nach § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 ROG.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1372	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchflächen Nr. 5, 6, 8, 12, 18
-------------------	-----------------------------	---	--

Planungsrecht

1. Raumordnerische Belange gemäß des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) sowie genehmigungsrelevante Aspekte ...
Begründung des Zieles Z 2 - Vorranggebiete Nr. 5, 6, 8, 12 und 18 (S. 74 ff.)
Für die Vorranggebiete mit den Nr. 5, 6, 8, 12 und 18 wird darauf hingewiesen, dass in diesen Vorranggebieten die Errichtung und Betrieb der Windkraftanlagen mit Einschränkungen verbunden sein kann. Auch wenn die Nutzung der Vorranggebiete Beschränkungen unterliegt, muss im Ergebnis der Abwägung trotzdem genügend Raum für Windenergie zur Verfügung stehen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Hinweis: In den betroffenen Gebieten gibt es bereits Bestandsanlagen, die wirtschaftlich betrieben werden können. Z. B. sind im Plangebiet 8, dem nächstliegenden Standort in ca. 11 km Entfernung zur Flugnavigationsanlage VOR Nienburg allein fünf Anlagen errichtet worden; im Plangebiet 18 werden bereits zehn leistungsstarke Anlagen betrieben. Daher spricht viel dafür, dass ungeachtet der Einschränkungen Raum für Windenergieanlagen geschaffen werden kann.

ID 1373	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
-------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Planungsrecht

1. Raumordnerische Belange gemäß des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) sowie genehmigungsrelevante Aspekte ...
Begründung des Zieles Z 3 (S. 90)
Unklar bleibt der Zusammenhang zwischen der Raumbedeutsamkeit im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG und der Tatsache, dass der Bundesgesetzgeber in 4. BImSchV einzelne WEA mit einer Gesamthöhe von mehr als 50 m als genehmigungsbedürftige Anlagen definiert. Der Bundesgesetzgeber selbst geht bezogen auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung davon aus, dass die Vorhaben differenziert zu betrachten sind. Die UVP-Pflicht richtet sich nach der Anzahl der Windkraftanlagen, den allgemeinen Merkmalen des Projektes und den besonderen Merkmalen des Standortes. Erst durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls lässt sich nach überschlägiger Prüfung durch die zuständige Behörde erkennen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Er bringt damit klar zum Ausdruck, dass die Vorhaben, auch nach den besonderen Merkmalen des Standortes, differenziert zu betrachten sind.
Die Formulierung zur Erforderlichkeit der hier vorgenommenen Konkretisierung in Z 3 im

Sinne des § 2 Abs. 1 ROG ist irreführend. § 2 Abs. 1 ROG formuliert „nur“, dass die Grundsätze der Raumordnung allgemein durch Festlegungen in Raumordnungsplänen zu konkretisieren sind, soweit dies erforderlich ist. In Verbindung mit der davor ausgeführten Begründung des 50m-Kriteriums könnte hier in unzulässiger Weise der Eindruck erweckt werden, dass die vorgenommene Konkretisierung der Raumbedeutsamkeit von Windkraftanlagen zwingend durch die Festlegung einer Gesamthöhe erfolgen muss.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1374	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
-------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Planungsrecht

1. Raumordnerische Belange gemäß des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) sowie genehmigungsrelevante Aspekte ...
Begründung des Grundsatzes G 1 (S. 91)
Der letzte nur auf städtebauliche Ausnahmegründe bezogene Satz passt nicht zu den vorausgegangen Ausführungen, die auch eine Abweichung vom Grundsatz aus anderen Gründen rechtfertigen.

Abwägungsvorschlag

Folgen.

Die Begründung wird entsprechend geändert.

ID 1375	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
-------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Planungsrecht

2. Sonstige Hinweise und Anregungen aus Sicht der Landesplanung
Im Ziel Z 1 wird korrekterweise die Bezeichnung „Wirkung von Eignungsgebieten“ unter Bezugnahme auf § 8 Abs. 7 Satz 2 ROG verwendet. In Ziel Z 3 Satz 1 wird demgegenüber nur von der „Ausschlusswirkung der festgelegten Vorranggebiete“ gesprochen, ich empfehle hier eine einheitliche, rechtseindeutige Handhabung.

Abwägungsvorschlag

Folgen.

Der Anregung wird gefolgt und Z 3 Satz 1 konkretisiert.

ID 1376	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
-------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Planungsrecht

2. Sonstige Hinweise und Anregungen aus Sicht der Landesplanung ...
Bezüglich der Darstellung von Hektarangaben als Bestandteil der Zielfestlegung Z 2 weise ich darauf hin, dass die Vorranggebiete in der zeichnerischen Darstellung eindeutig bestimmt sind. Eine „doppelte“ Festsetzung über die zielfestgesetzte Größe und die zeichnerische Darstellung ist nicht erforderlich.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1377	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Planungsrecht			
2. Sonstige Hinweise und Anregungen aus Sicht der Landesplanung ... In Ziel Z 3 sollten die Anführungsstriche bei „Windenergienutzung“ entfallen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Folgen.			
ID 1378	Verteiler-Nr. 210	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser Stellungnahme vom 25.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Planungsrecht			
2. Sonstige Hinweise und Anregungen aus Sicht der Landesplanung ... Das Niedersächsische Raumordnungsgesetz (NROG) vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 252) wurde zuletzt zum 1. Juli 2014 geändert (Nds. GVBl S. 168). Auf S. 20 Fußnote 6 wäre insofern auf die geänderte Fassung des NROG Bezug zu nehmen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Folgen.			
6. Rohstoffgewinnung			
ID 1343	Verteiler-Nr. 39	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 02.09.2014	Suchfläche Nr. 12
Rohstoffgewinnung			
Aus Sicht der Fachbereiche Landwirtsch./Bodenschutz, Geologie/Boden und Rohstoffwirtschaft wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen: Wir verweisen auf unsere Stellungnahme (Az. L 3.3-L68502-03-2013-0026-Ma/Loe) vom 25.11.2013, die weiterhin gültig ist. Die Stellungnahme liegt in Kopie diesem Schreiben bei.			
<u>Abwägungsvorschlag</u> Nicht folgen. Die geäußerten Einwände aus rohstoffwirtschaftlicher Sicht können im Rahmen des weiteren Verfahrens nicht berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1028), die vom Kreis-ausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen wurde und nach wie vor gilt.			
7. Technische Infrastruktur			
ID 1366	Verteiler-Nr. 12	Samtgemeinde Uchte Stellungnahme vom 17.09.2014	Suchfläche Nr. 15
Technische Infrastruktur			
Im Übrigen haben wir erfahren, dass die Freihaltung der Abstände zur Bahnlinie (180m) von			

den zuständigen Trägern des öffentlichen Belanges eingefordert wird. Dadurch würde der Nord/nordöstliche Teil der Aktualisierung in Frage stehen. Wir begrüßen dies, weil dadurch alle planungsrechtlichen Optionen zur Nutzung der Strecke offengehalten werden. Eine Reaktivierung steht derzeit zwar nicht zur Debatte, aber die planungsrechtlichen Voraussetzungen bleiben so zumindest erhalten.

Abwägungsvorschlag

Folgen.

Der Hinweis wird aufgrund der Stellungnahmen der Deutschen Bahn AG und der Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH (LEA GmbH) bei der Neuabgrenzung des geplanten Vorranggebiets 15 berücksichtigt. Nach Prüfung der Hinweise und Bedenken wird zur Bahnlinie ein Abstand von 180 m angesetzt.

ID 1312	Verteiler-Nr. 29	Eisenbahn-Bundesamt Stellungnahme vom 19.08.2014	Suchfläche Nr. 0
--------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Technische Infrastruktur

...auf Seite 36 Ihres Entwurfes ist der Abstand zu Bahnstrecken festgelegt. Sie differenzieren dabei zwischen elektrifizierten und nicht elektrifizierten Bahnstrecken. Diese Unterscheidung wird vom Eisenbahn-Bundesamt nicht gemacht. Ich übersende in der Anlage nochmals eine Kopie meines Schreibens vom 28.10.2013, welches sich auf alle Eisenbahnstrecken der DB Netz AG bezieht. Aus dem Entwurf ergibt sich allerdings, dass kein Plangebiet durch nicht elektrifizierte Schienenstrecken betroffen sei. Dieser Hinweis ergeht also für die Zukunft.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1341	Verteiler-Nr. 39	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Stellungnahme vom 02.09.2014	Suchfläche Nr. 0
--------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Technische Infrastruktur

Von der Planung können Erdgasförderbohrungen, sowie Erdgas und Erölförderleitungen folgender Betreiber betroffen sein:
 ExxonMobil Production Deutschland GmbH, Riethorst 12, 30659 Hannover
 GDFSUEZ E&P Deutschland GmbH, Postfach 1360, 49803 Lingen
 Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG, Postfach 21 07, 30021 Hannover
 Erdgas Münster GmbH, Postfach 27 20, 48014 Münster
 Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, In der Hees 1, 46509 Xanten
 Avacon AG, Schillerstraße 3, 38350 Helmstedt
 Um einen sicheren Betrieb der Anlagen und Leitungen zu gewährleisten, müssen Windenergieanlagen außerhalb eines Sicherheitsabstandes zu diesen errichtet werden, die Sicherheitsabstände zu den bergbaulichen Anlagen betragen: ...
 Dieser Mindestabstand setzt voraus, dass die Windenergieanlagen entsprechend dem Stand der Technik geplant, errichtet und betrieben werden und die Belastungen der Windenergieanlagen statisch und dynamisch bestimmt wurden.
 Bei Unterschreitung des oben genannten Mindestabstandes ist ein erneuter Nachweis vom Betreiber der WEA erforderlich, dass auch ein Versagen von Maschinenkomponenten (z. B. Abriss eines Rotorblattes oder Teilen davon) kein inakzeptables Risiko für den Betrieb der bergbaulichen Anlagen darstellt. Eine Risikominimierung kann ggf. durch geeignete technische Maßnahmen erfolgen. In diesen Fällen ist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie erneut zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Die genannten Unternehmen sind beteiligt worden.			
ID 1364	Verteiler-Nr. 42	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Geschäftsbereich Nienburg - Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Technische Infrastruktur			
<p>...die aktualisierte Fassung des Entwurfes 2013 zur o.g. Änderung des RROP 2003, Teilabschnitt Windenergie, wird zur Kenntnis genommen. Die Straßenbauverwaltung hat zur Änderung des RROP, Entwurf Teilabschnitt Windenergie, bereits mit Schreiben vom 16.03.2010, Az.: 2-2111-2141/20203, vom 05.11.2013, Az.: 2111/20203, und vom 03.02.2014, Az.: 2-2111/68502, Stellung bezogen und der 1. Änderung des RROP unter Bedingungen/ Hinweisen zugestimmt.</p> <p>Die vorgenannten Stellungnahmen besitzen für den nunmehr vorgelegten aktualisierten Entwurf der 1. Änderung des RROP weiterhin Gültigkeit.</p> <p>Insbesondere verweise ich diesbezüglich auf die in Kopie beigefügte Stellungnahme der Straßenbauverwaltung vom 03.02.2014 und bitte nochmals um Änderung bzw. Ergänzung der Begründung unter Pkt. 2.4.2.7 des RROP-Entwurfs.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
<p>Folgen.</p> <p>Gemäß Abwägung zu dem Hinweis der Stellungnahme vom 03.02.2014 wird die Begründung des Entwurfs um den genannten Hinweis ergänzt (siehe ID 1050, Entwurf 2013).</p>			
ID 1356	Verteiler-Nr. 111	Deutsche Bahn AG - DB Immobilien - Region Nord Stellungnahme vom 20.08.2014	Suchfläche Nr. 15
Technische Infrastruktur			
<p>...die DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB Netz AG zu dem o. g. Verfahren:</p> <p>Gegen die geplante Ausweisung von Vorranggebieten / Eignungsgebieten für Windenergieanlagen bestehen ganz erhebliche Bedenken:</p> <p>1. Festlegung und Anwendung von Tabukriterien</p> <p>Auf Seite 27 der Planunterlagen wird dargestellt, welche Tabukriterien festgelegt werden und wie mit diesen umgegangen wird. Den Planunterlagen zur Folge werden der Windenergienutzung gegenläufige Umstände in harte Tabuzonen, weiche Tabuzonen oder Restriktionszonen unterteilt. Harte Tabukriterien seien demnach solche, die die Windenergienutzung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen auf einer bestimmten Fläche unabdingbar ausschließen. Der Landkreis könne harte Tabukriterien nicht auf Grund eigener Entschlussfassung festlegen. Er sei an die entsprechenden tatsächlichen Hindernisse oder rechtlichen Vorgaben gebunden. Demgegenüber bestimmen sich die weichen Tabukriterien nach den raumordnerischen Vorstellungen des Plangebers. Die Windenergienutzung sei auf diesen Flächen zwar grundsätzlich aus tatsächlicher oder rechtlicher Sicht zulässig, könne aber nach dem Willen des Plangebers ausgeschlossen werden.</p> <p>Als dritte Kategorie definieren Sie Restriktionskriterien. Restriktionskriterien sprächen zwar grundsätzlich gegen die Errichtung von WEA, machten aber das Gebiet nicht insgesamt untauglich. Die Restriktionskriterien seien vornehmlich punktförmige bzw. lineare Hindernisse (z. B. Bahntrassen, geschützte Biotope), von denen keine Ausschlusswirkung auf die vollständige Suchfläche ausginge.</p> <p>Diese Einstufung wird unsererseits nicht geteilt. Bahnstrecken sind als harte Tabuzone einzustufen; die (selbstdefinierten) Sicherheitsabstände hingegen sind als weiche Tabuzone zu qualifizieren.</p>			

Die Errichtung von Windenergieanlagen auf planfestgestellten Bahnstrecken ist tatsächlich, als auch aus rechtlicher Sicht nicht möglich. Bahnstrecken sind daher für die Windenergienutzung unabdingbar ausgeschlossen. Somit kommt für Bahnlinien ausschließlich eine Einstufung als harte Tabuzone in Betracht.

Die Sicherheitsabstände zu den Bahnstrecken hin sind als weiche Tabuzonen zu qualifizieren, eine Einstufung als Restriktionszone hingegen ist nicht sachgerecht. Auf Seite 29 der Planunterlagen wird ausgeführt, dass nach dem Willen des Kreisausschusses zu elektrifizierten Bahnstrecken ein Schutzabstand von 250 m eingehalten werden soll. Zu nicht elektrifizierten Strecken ist ein Sicherheitsabstand von 180 m einzuhalten. Der Kreisausschuss legt damit selbst Schutzzonen fest, in denen keine Windenergieanlagen errichtet werden dürfen. Deshalb sind die Sicherheitsabstandszonen als weiche Tabuzonen zu qualifizieren.

Weiterhin verweisen wir auf die Arbeitshilfen des Niedersächsischen Landtags, wonach Bahnstrecken als harte Tabuzonen auszuweisen sind. Die Sicherheitsabstände zu den Bahnstrecken hin sollten als weiche Tabuzone ausgewiesen werden (vergl. „Regionalplanung und Windenergie - (Ergänzende) Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen zur Steuerung der Windenergienutzung mit Ausschlusswirkung in Regionalen Raumordnungsprogrammen“, Stand: 6. Februar 2014: Abstandsflächen mit einem Maß der einfachen Anlagenhöhe zu Bahnstrecken sind als weiche Tabuzonen einzustufen).

2. Erweiterung des Vorranggebietes Nr. 15 - Südlich Lohhof

Gegen die Erweiterung des Vorranggebietes Nr. 15 bestehen ganz erhebliche Bedenken. Durch die nunmehr vorgenommene Erweiterung des Vorranggebietes wird die planfestgestellte Bahnstrecke 1743, km 35,800 - 36,400 teilweise überplant. Eine derartige Überplanung ist nicht zulässig. Bahnstrecken sind als harte Tabuzone zu qualifizieren. Zudem wurden die selbst vorgegebenen Sicherheitsabstände zu Bahnstrecken nicht eingehalten. Gegen die Erweiterung bestehen erhebliche Sicherheitsbedenken.

3. Hinweis auf Bahnstromleitung

Rein vorsorglich weisen wir darauf hin, dass unsere plan festgestellte 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 527 Wunstorf - Rotenburg östlich der Stadt Nienburg verläuft. Im Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen ist auch auf die Bahnstromleitung Rücksicht zu nehmen. Die DB AG ist zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag

Teilweise folgen.

1. Abstand zur Bahnstrecke 1743

Den Hinweisen zur planfestgestellten Bahnstrecke wird gefolgt und aus Sicherheitsgründen ein Abstand von 180 m angesetzt. Es handelt sich um eine stillgelegte Strecke, die für Fahrten einer Museumseisenbahn genutzt wird. Aufgrund der Nähe zum Industriegebiet Uchte sollte gemäß RROP 2003 geprüft werden, ob die Strecke als Industriegleis für Güterverkehre genutzt werden kann (vgl. Begründung, S. 196). Um einen möglichen Ausbau der Strecke zu sichern wird auch unter Berücksichtigung städtebaulicher Gründe (siehe ID 1365) die östliche Teilfläche wieder herausgenommen.

2. Einstufung von Schienenstrecken im Planungskonzept

Der Forderung nach genereller Einstufung der Schienenstrecken einschließlich eines Sicherheitsabstands als Tabukriterium wird nicht gefolgt. Der Abstand zur jeweiligen Schienenstrecke wird im Einzelfall geprüft. Die Gleise selbst dürfen natürlich nicht bebaut werden. Das Bauverbot auf den Gleisen führt jedoch nicht zu einem gänzlichen Ausschluss der gesamten Potenzialfläche. Daher werden auf der übergeordneten RROP-Ebene (Maßstab 1:50.000) lineare Strukturen wie Bahntrassen als Restriktionskriterien eingestuft.

Hinweis: Der erforderliche Abstand, den eine WEA zu einer Schienenverkehrsstrecke einhalten muss, ist im Rahmen der Einzelfallgenehmigung zu bestimmen. Er ist an den technischen Maßen der WEA auszurichten und kann u. U. sogar den in der RROP-Begründung empfohlenen Abstand überschreiten.

ID 1354	Verteiler-Nr. 136	LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mBH	Suchfläche Nr. 15
--------------------------	------------------------------------	---	--------------------------

		Stellungnahme vom 12.09.2014	
Technische Infrastruktur			
<p>...die geänderten Unterlagen zu der Aktualisierung des Entwurfs 2013 haben wir hinsichtlich eisenbahntechnischer Belange überprüft. Im südlichen Geltungsbereich verlaufen die nicht-elektrifizierten Bahnanlagen der Museumseisenbahn Rahden – Uchte, deren betriebsführendes Eisenbahnunternehmen die Rhein-Sieg-Eisenbahn GmbH ist. Im Erläuterungsbericht wird unter Punkt 2.4.2.6 „Bahnstrecken“ angegeben, dass aus Sicherheits- und Vorsorgegründen ein Abstand von nichtelektrifizierten Bahnanlagen zu WEA von 180 m angesetzt werden, und dass keine elektrifizierten Bahnanlagen im Plangebiet betroffen sind. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, da im aktualisierten Vorranggebiet 15, südlich Lohhof, die Erweiterungsfläche jedoch bis an die Bahnanlagen dieser Museumseisenbahn herangezogen wird. Wir bitten sie das Vorranggebiet 15 entsprechend Ihrer Vorgaben von 180 m anzupassen und den Erläuterungstext zu ergänzen.</p> <p>Desweiteren bestehen aus eisenbahntechnischer Sicht seitens der LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH gegen die Aktualisierung des Entwurfs 2013 der 1. Änderung des RROP 2003, Teilabschnitt Windenergie, keine Einwände.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
<p>Folgen.</p> <p>Den eisenbahntechnischen Hinweisen wird gefolgt und aus Sicherheits- und Vorsorgegründen ein Abstand von 180 m angesetzt, so dass die Erweiterungsfläche nördlich des Industriegebiets Uchte gänzlich entfällt. Es handelt sich um eine stillgelegte Bahnstrecke, die für Fahrten einer Museumseisenbahn genutzt wird. Aufgrund der Nähe zum Industriegebiet Uchte sollte gemäß RROP 2003 geprüft werden, ob die Strecke als Industriegleis für Güterverkehre genutzt werden kann (vgl. Begründung, S. 196). Auch um einen möglichen Ausbau der Strecke zu sichern und unter Berücksichtigung städtebaulicher Belange der Samtgemeinde Uchte (siehe ID 1365) erfolgt eine Herausnahme der Erweiterungsfläche.</p>			
ID 1325	Verteiler-Nr. 157	Bundesnetzagentur Stellungnahme vom 06.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Technische Infrastruktur			
<p>Bei den Untersuchungen wurden Richtfunkstrecken militärischer Anwender nicht berücksichtigt. Diesbezügliche Prüfungsanträge können beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn, E-Mail: BAIUDBwToeB@Bundeswehr.org gestellt werden.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Hinweis: Das BAIUDBw wurde beteiligt.</p>			
ID 1326	Verteiler-Nr. 157	Bundesnetzagentur Stellungnahme vom 06.08.2014	Suchfläche Nr. 0
Technische Infrastruktur			
<p>Da ggf. noch Regelungen des Energiewirtschafts- und Energieleitungsausbaugesetzes sowie des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz zu beachten sind, habe ich Ihre Planunterlagen zur ergänzenden Prüfung weitergeleitet an die Bundesnetzagentur Abteilung Netzausbau, Referat N3, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn.</p> <p>Falls noch besondere Hinweise zu berücksichtigen sein sollten, werden Sie darüber durch das Referat N3 in einem separaten Schreiben in Kenntnis gesetzt.</p> <p>Zusätzliche Hinweise:</p> <p>Bei der Festlegung von Vorrang- bzw. Eignungsgebieten für die Windenergienutzung nach § 8 Abs. 7 ROG, auf der Ebene der kommunalen Flächennutzungsplanung oder der konkreten Anlageneignung nach BImSchV empfiehlt die BNetzA, die Abstandsmaße zu Freileitun-</p>			

gen der Hoch- und Höchstspannungsebene gem. DIN EN 50341-3-4 wie folgt heranzuziehen:

"Zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sind folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten:

für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser;

für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser.

Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.

Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstiger Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf."

Bei derzeit bestehenden Nabenhöhen von Windkraftanlagen von 80 bis 140 m sowie Rotordurchmessern von 70 bis 120 m regt die BNetzA an, die in der DIN genannten Maße als Abstände zwischen der Außengrenze des auszuweisenden Gebietes (Ebene Raumordnung und kommunale Flächennutzungsplanung) als Ausschlusskriterien festzulegen, da ein anderweitig ermittelter "starrer" Abstandswert zwischen Windkraftanlage und Freileitung nicht sachgerecht erscheint.

Betreiber von Windenergieanlagen sind seit August 2014 nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und der darauf erlassenen Anlagenregister-Verordnung verpflichtet, der BNetzA unter anderem Standort und Leistung ihrer Anlagen zu melden. Die Meldepflicht umfasst dabei auch, aufgrund von Bundesgesetzen erteilte Genehmigungen. Hierzu finden sich Formulare auf der Internetseite der BNetzA

(http://www.bundesnetzagentur.de/cfn_1411/DE/Home/home_node.html). Sofern die Registrierung nicht erfolgt, reduziert sich der Anspruch auf finanzielle Förderung für die betreffende Anlage nach dem EEG auf null, was mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein kann. Die Meldung an das Register muss zusätzlich zur Beteiligung der Bundesnetzagentur als TOB am oben genannten Verfahren erfolgen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

ID 1324	Verteiler-Nr. 157	Bundesnetzagentur Stellungnahme vom 06.08.2014	Suchfläche Nr. 0
--------------------------	------------------------------------	---	-------------------------

Technische Infrastruktur

Ihr o.g. Schreiben bezieht sich auf das Verfahren der regionalen Raumordnungs- bzw. Flächennutzungsplanung. Bei diesen Planungen spielt u.a. auch die Frage einer vorsorglichen Vermeidung ggf. eintretender Beeinträchtigungen von Richtfunkstrecken (Störung des Funkbetriebs) durch neu zu errichtende Bauwerke eine wesentliche Rolle. Daher möchte ich auf Folgendes hinweisen:

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) teilt u.a. gemäß § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22.06.2004 die Frequenzen für das Betreiben von zivilen Richtfunkanlagen zu. Selbst betreibt sie keine Richtfunkstrecken. Die BNetzA kann aber in Planungs- und Genehmigungsverfahren (Z.B. im Rahmen des Baurechts oder im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes) einen Beitrag zur Störungsvorsorge leisten, indem sie Namen und Anschriften der für das Plangebiet in Frage kommenden Richtfunkbetreiber identifiziert und diese den anfragenden Stellen mitteilt. Somit werden die regionalen Planungsträger in die Lage versetzt, die evtl. betroffenen Richtfunkbetreiber frühzeitig über vorgesehene Baumaßnahmen bzw. Flächennutzungen zu informieren.

Beeinflussungen von Richtfunkstrecken durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Auf das Einholen von Stellungnahmen der BNetzA zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe kann daher allgemein verzichtet werden.

Angaben zum geografischen Trassenverlauf der Richtfunkstrecken bzw. zu den ggf. eintre-

tenden Störsituationen kann die BNetzA nicht liefern. Im Rahmen des Frequenzverteilungsvorgangs für Richtfunkstrecken prüft die BNetzA lediglich das Störverhältnis zu anderen Richtfunkstrecken unter Berücksichtigung topografischer Gegebenheiten, nicht aber die konkreten Trassenverhältnisse (keine Überprüfung der Bebauung und anderer Hindernisse, die den Richtfunkbetrieb beeinträchtigen können). Die im Zusammenhang mit der Bauleit- bzw. Flächennutzungsplanung erforderlichen Informationen können deshalb nur die Richtfunkbetreiber liefern. Außerdem ist die BNetzA von den Richtfunkbetreibern nicht ermächtigt, Auskünfte zum Trassenverlauf sowie zu technischen Parametern der Richtfunkstrecken zu erteilen. Aus Gründen des Datenschutzes können diese Angaben nur direkt bei den Richtfunkbetreibern eingeholt werden.

Hinsichtlich einer Bekanntgabe von in Betrieb befindlichen Richtfunktrassen in Flächennutzungsplänen, möchte ich darauf hinweisen, dass dieses Verfahren nicht zwingend vorgeschrieben ist (keine Dokumentationspflicht) und nur eine dem Ermessen überlassene Maßnahme zur vorsorglichen Störungsvermeidung darstellt, die auch durch die öffentlichen Planungsträger nicht einheitlich gehandhabt wird. Eine Darstellung der Trassenverläufe in den Planunterlagen ist nur möglich, wenn die Betreiber dies ausdrücklich wünschen und mit einer Veröffentlichung ihrer Richtfunk-Standortdaten einverstanden sind (Datenschutz). Zu den Betreibern von Richtfunkstrecken gehören z.B. die in Deutschland tätigen großen Mobilfunkunternehmen. Diese erfüllen zwar einen öffentlichen Auftrag, sind jedoch untereinander Wettbewerber. Übersichten zu den Netzstrukturen gehören daher zu den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen; ihre Veröffentlichung unterliegt grundsätzlich den Wettbewerbsstrategien der Betreiber. Unter Berücksichtigung dieser Bedingung und der hohen Anzahl laufend neu hinzukommender Richtfunkstrecken ist es auf regionaler Ebene somit kaum möglich, ständig aktuelle Übersichten zu führen.

Bei Vorliegen konkreter Bauplanungen von Bauwerken mit einer Höhe von über 20m z.B. Windkraftanlagen, Hochspannungsfreileitungen, Masten, hohen Gebäuden, Industrie- und Gewerbeanlagen, etc.), empfehle ich Ihnen, entsprechende Anfragen an mich (Anschrift lt. Kopfzeile dieses Briefes) zu richten. Bei Abforderung einer Stellungnahme sind bitte die geografischen Koordinaten (WGS 84) des Baugebiets anzugeben und ausreichend übersichtliches topografisches Kartenmaterial mit genauer Kennzeichnung des Baubereiches sowie das Maß der baulichen Nutzung zu übermitteln.

Unabhängig vom Planungsstand habe ich zu Ihrer Vorinformation, eine Überprüfung des gesamten Landkreises Nienburg/Weser (Windenergie-Vorranggebiete) durchgeführt. Der Anlage 1 können Sie die dazu von mir ermittelten Koordinaten (WGS84) des Prüfgebietes (Fläche eines Planquadrats mit dem NW- und dem SO-Wert) sowie die Anzahl der in diesem Koordinatenbereich in Betrieb befindlichen Punkt-zu-Punkt-Richtfunkstrecken entnehmen. Punkt-zu-Mehrpunkt-Richtfunkanlagen sind im Landkreis Nienburg/Weser z.Zt. nicht in Betrieb.

Die anliegende Übersicht gibt Auskunft über die als Ansprechpartner in Frage kommenden Richtfunkbetreiber. Da das Vorhandensein von Richtfunkstrecken im Untersuchungsraum allein kein Ausschlusskriterium für die Nutzung der Windenergie ist, empfehle ich Ihnen, sich mit den Richtfunkbetreibern in Verbindung zu setzen und sie in die weiteren Planungen einzubeziehen. Je nach Planungsstand kann auf diesem Wege ermittelt werden, ob tatsächlich störende Beeinträchtigungen von Richtfunkstrecken zu erwarten sind...

Da der Richtfunk gegenwärtig eine technisch und wirtschaftlich sehr gefragte Kommunikationslösung darstellt, sind Informationen über den aktuellen Richtfunkbelegungszustand für ein bestimmtes Gebiet ggf. in kürzester Zeit nicht mehr zutreffend. Ich möchte deshalb ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Ihnen hiermit erteilte Auskunft nur für das Datum meiner Mitteilung gilt. Falls sich Ihre Bitte um Stellungnahme ggf. auch auf die im Plangebiet zu berücksichtigenden Leitungssysteme, wie z.B. unter- oder oberirdisch geführte Telekommunikationskabelanlagen oder Energieleitungen, bezieht, möchte ich darauf hinweisen, dass die BNetzA selbst über keine eigenen Leitungsnetze verfügt. Sie kann auch nicht über alle regional vorhandenen Kabeltrassen Auskunft erteilen, da das Führen entsprechender Datenbestände nicht zu ihren behördlichen Aufgaben gehört. Angaben über Kabel- bzw. Leitungssysteme im Planbereich können daher nur direkt bei den jeweiligen Betreibern oder den Planungs- bzw. Baubehörden vor Ort eingeholt werden.

Da ggf. noch Regelungen des Energiewirtschafts- und Energieleitungsausbaugesetzes sowie des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz zu beachten sind, habe ich Ihre Planunterlagen zur ergänzenden Prüfung weitergeleitet an die Bundesnetzagentur Abteilung Netzausbau, Referat N3.Tulpenfeld 4, 53113 Bonn. Falls noch besondere Hinweise zu berücksichtigen sein sollten, werden Sie darüber durch das Referat N3 in einem separaten Schreiben in Kenntnis gesetzt.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Die Bundesnetzagentur wird in den nachfolgenden Verfahren beteiligt. Bei der Einzelfallgenehmigung von Windenergieanlagen wird geprüft, inwieweit Belange der Richt-funkstrecken ziviler Betreiber berührt werden.

ID 1346	Verteiler-Nr. 186	PLEdoc GmbH Stellungnahme vom 03.09.2014	Suchfläche Nr. 10
-------------------	-----------------------------	---	--------------------------

Technische Infrastruktur

Von dem Vorranggebiet 10 wird eine Kabelschutzrohranlage der GasLINE GmbH & Co. KG betroffen, die von der Erdgas Münster GmbH - Anton-Bruchhausen-Straße 4 in 48147 Münster - verwaltet und beauskunftet wird. Innerhalb der übrigen Vorranggebiete und dem Eignungsgebiet 19 verlaufen keine Kabelschutzrohranlagen der GasLINE GmbH & Co.KG.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Der Hinweis wird im Rahmen der Einzelfallgenehmigung geprüft.

ID 1345	Verteiler-Nr. 186	PLEdoc GmbH Stellungnahme vom 03.09.2014	Suchfläche Nr. 17
-------------------	-----------------------------	---	--------------------------

Technische Infrastruktur

...von der Open Grid Europe GmbH (als Rechtsnachfolgerin des früheren Leitungseigentümers E.ON Ruhrgas AG), Essen, und der GasLINE GmbH & Co. KG, Straelen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt. Die, der E.ON Ruhrgas AG, der Pipeline Engineering GmbH und uns zur Verfügung gestellten Unterlagen zur erneuten Beteiligung im Rahmen der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2013, Teilabschnitt Windenergie haben wir gesichtet. In den Plan zum Vorranggebiet 17 haben wir den Verlauf der Ferngasleitung graphisch übernommen und Leitungskenndaten hinzugeschrieben. Von den übrigen Vorranggebieten und dem Eignungsgebiet 19 werden Versorgungsanlagen der Open Grid Europe GmbH nicht berührt.

Zur weiteren Information erhalten Sie die Bestandspläne der Ferngasleitung. Die Höhenangaben in den Längenschnitten beziehen sich auf den Verlegungszeitpunkt. Zwischenzeitliche Niveauänderungen wurden nicht nachgetragen. Die Darstellung der Ferngasleitung ist sowohl im Plan zum Vorranggebiet 17 als auch in den Bestandsplänen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung nicht ausgeschlossen.

Mit unserm Bezugsschreiben vom 09.12.2013 haben wir Ihnen seinerzeit hinsichtlich der 1. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms mitgeteilt, dass zwischen dem Mastfuß der WEA und der jeweiligen Versorgungsanlage ein Mindestabstand von 25 m einzuhalten ist. Diese Aussage müssen wir aufgrund neuer Erkenntnisse korrigieren.

Die Standorte von Windenergieanlagen sind aus technischer Sicht so zu wählen, dass zwischen dem Mast der Windkraftanlage und der nächstgelegenen Leitung ein lichter Abstand von mindestens 25 m eingehalten wird. Dieser Abstand ergibt sich aus den Parametern: Nabenhöhe 100 m, Rotorblattdurchmesser 120 m und Nennweite der Leitung < DN 900.

Bei einer Überschreitung dieser Angaben bedarf es einer gesonderten Prüfung durch den Sachverständigen der Open Grid Europe GmbH. Die für die Bestimmung des Mindestab-

Standes erforderlichen Daten sind der Open Grid Europe GmbH bzw. der PLEdoc GmbH bereits in der Vorentwurfsphase Zwecks frühzeitiger technischer Abstimmungen mitzuteilen. Zur Vermeidung unnötiger Anpassungsmaßnahmen an der Ferngasleitung bitten wir Sie zu veranlassen, dass bei der Aufstellung eines Bebauungsplans bzw. bei den Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Windkraftanlagen alle Details, die Einfluss auf den Bestand und den Betrieb der Ferngasleitung haben, mit uns bzw. der Open Grid Europe GmbH abzustimmen sind.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Die Hinweise werden im Rahmen der Einzelfallgenehmigung geprüft.

ID 1355	Verteiler-Nr. 203	Telefónica Germany GmbH Stellungnahme vom 12.09.2014	Suchfläche Nr. 15
-------------------	-----------------------------	---	--------------------------

Technische Infrastruktur

...die Überprüfung der Aktualisierung des Entwurfs 2013 im Rahmen der 1. Änderung des RROP 2003, Teilabschnitt Windenergie, Landkreis Nienburg/Weser ergab, dass im Vorranggebiet 15 – Südlich Lohhof keine neuen technischen Veränderungen hinzugekommen sind. Die eingebrachten Belange der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG bestehen demnach weiterhin (siehe hierzu verfasste Stellungnahme per Email vom 17.12.2013 „1_Änd_RROP_Nienburg_Weser_Link_104535188“). Aus Sicht der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden:

Es grenzt eine Richtfunkverbindung nah an das Vorranggebiet 15 – Südlich Lohhof - an. Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail zwei digitale Bilder, die den Verlauf unserer Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen sollen. Die farbigen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen von Telefónica Germany GmbH & Co. OHG. Das Plangebiet ist mit einer dicken orangen Linie eingezeichnet. Das betroffene Gebiet ist in der Farbe Rot beschriftet. Es gelten folgende Eckdaten für die Funkfelder dieser Telekommunikationslinie: ...

Man kann sich diese Telekommunikationslinie als horizontal über der Landschaft verlaufende Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Bilder mit Einzeichnung der Trassenverläufe. Alle geplanten Masten, Rotoren und allenfalls notwendige Baukräne oder sonstige Konstruktionen dürfen nicht in die Richtfunktrassen ragen und müssen daher einen horizontalen Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-20m einhalten. Bitte beachten Sie diesen Umstand bei der weiteren Planung Ihrer Windkraftanlagen.

Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrasse einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die weitere Planung. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

Die Belange der Richtfunkbetreiber werden u. a. durch die Beteiligung der Bundesnetzagentur in den folgenden Planverfahren, in jedem Falle im Rahmen der Einzelfallgenehmigung, berücksichtigt.

ID 1338	Verteiler-Nr. 209	Avavon AG, Salzgitter Stellungnahme vom 25.08.2014	Suchfläche Nr. 0
-------------------	-----------------------------	---	-------------------------

Technische Infrastruktur

...gegen die Aktualisierung des Entwurfs 2013 der 1. Änderung des Regionalen Raumord-

nungsprogramms 2003 bestehen von unserer Seite keine Bedenken.

Freileitung

Grundsätzlich weisen wir im Zuge der Ausweisung von Vorrangstandorten zur Windenergienutzung daraufhin, dass zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten sind:

Für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser.

Für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1 x Rotordurchmesser.

Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 x Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden.

Zur detaillierten Bearbeitung ist uns die Lage der Windenergieanlagen (Koordinaten) sowie die Standorte mit NN-Angaben anzugeben.

Allgemein

Im Landkreis Nienburg sind durch ENE keine Leitungsneubauten geplant. In einer Potentialstudie haben wir im Landkreis Nienburg bis 2015 ein Ausbaupotential von erneuerbaren Energien bis zu 461 MW prognostiziert. Auf Basis unserer heutigen Erkenntnisse bzgl. der erneuerbaren Energien werden die folgenden 110-kV Ausbaumaßnahmen geplant.

Ersatzneubau

- Leese - Landesbergen (Kabelanteil)

80 C-Ertüchtigungen

- Nienburg/Ost - Buren (Nienburg/Ost bis Abzweig Landesbergen)

- Leese - Landesbergen (Freileitungsanteil)

- Sulingen - Bierde (Ohlensehlen bis Lohhof)

Freileitungsmonitoring

- Wechold - Mainsche

TAL-Beseilung

- Wechold - Düşhorn (Wechold bis Abz. Dörverden)

Aufgrund des steigenden Zubaus von erneuerbaren Energien in Niedersachsen könnte weiterer Netzausbau notwendig werden. Am Verfahren bitten wir Sie uns weiterhin zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

8. Umweltbericht

ID 1369	Verteiler-Nr. 86	Aktion Fischotterschutz e. V. Stellungnahme vom 10.09.2014	Suchfläche Nr. 18
-------------------	----------------------------	---	--------------------------

Umweltbericht

...wir nehmen Stellung zu Vorranggebiet 18 und beziehen uns auf den Umweltbericht zur 1. Änderung RROP.

Die Wiesenweihe (*Circus pygargus*) als europaweit bedrohte Vogelart hat einen ihrer Verbreitungsschwerpunkte in Niedersachsen. Das Land hat demnach eine besondere Verantwortung gegenüber dieser Tierart; entsprechend besteht ein besonderes Augenmerk der EU auf Beeinträchtigung der Populationen. Im Landkreis Aurich wurde bereits 2011 vorgemacht, wie man Z.B. die Gefährdung von brütenden Wiesenweihen, einer hochgradig bestandsbedrohten Greifvogelart, während der Brutzeit per Verfügung reduziert. Vorübergehend mussten insgesamt zwei Anlagen bis zum 01. August, dem Ende der Brut- und Aufzuchtzeit, von vier Uhr morgens bis 22 Uhr für zweieinhalb Monate abgeschaltet werden. Die geschätzten Einbußen betragen rund 60.000 Euro. Mit Beschluss vom 10. Juni 2011 (Az.: 5 B

1246/11 ,VG_Oldenburg_Betriebseinschränkung WEA) hatte das Verwaltungsgericht Oldenburg einen Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes abgelehnt. In einem anschließenden zivilrechtlichen Verfahren der Betreiber hat am 10. Mai 2013 auch das Landgericht in Aurich eine Klage der Anlagenbetreiber abgewiesen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, eine Berufung vor dem Oberlandesgericht wurde zugelassen. Aus eigener Anschauung im Bereich Landkreis Gifhorn wissen wir, dass für die Investoren ein behördlich angeordnetes Abschaltmanagement sehr unerquicklich ist. Die finanziellen Einbußen sind erheblich; teilweise rentieren sich die Anlagen dann nicht mehr. Wir raten daher dringend davon ab, das durchaus kritische Gebiet 18 östlich Mensinghausen mit dieser hochgradig gefährdeten Art als Vorranggebiet auszuweisen.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die genannten Bedenken sind im Rahmen der Abwägung der zum Entwurf 2013 bereits geprüft und abwogen worden (vgl. u. a. ID 1166). Es wird darauf hingewiesen, dass die einzuhaltenden Abschaltzeiten das Risiko des Betreibers sind, aber einem wirtschaftlichen Betrieb bislang nicht entgegengestanden. Daher wird an der Vorrangfestlegung festgehalten.

ID 1333	Verteiler-Nr. 164	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, Flecken Bruchhausen-Vilsen, Gemeinde Martfeld Stellungnahme vom 01.09.2014	Suchfläche Nr. 2
--------------------	------------------------------	--	-------------------------

Umweltbericht

Nach dem avifaunistischen Gutachten ist im Untersuchungsgebiet Hoyerhagen ein Brutplatz des Schwarzmilan gefunden worden.

Dieser Brutplatz wurde auch bei der vorangegangenen Kartierung im Jahre 2009 bereits festgestellt, sodass (auch nach den Einschätzungen des Gutachters) davon auszugehen ist, dass es sich um einen regelmäßig besetzten Brutplatz handelt. Die naturschutzfachliche Einschätzung des Planungsbüros leguan vom 24. Juli 2009 geht insbesondere in der Tabelle 4 - 4 auf S. 18 und auf S. 19 ausdrücklich darauf ein, dass einige relevante Großvogelarten das Untersuchungsgebiet frequentieren. Namentlich genannt werden einerseits der Schwarzmilan und die Rohrweihe.

In der avifaunistischen Untersuchung von 2010 vom 29. März 2011 des gleichen Planungsbüros wird unter 4.1, Hoyerhagen, auf S. 46 und 47 ebenfalls auf den Schwarzmilan eingegangen. Im Fazit unter 5., S. 70 ff., wird das Gefährdungspotential bzw. das Konfliktpotential als deutlich erhöht dargestellt. Hier liegt ein offensichtlicher Verstoß gegen § 34 BNatSchG und das Tötungsverbot des § 44 Abs. I Nr. I BNatSchG vor. Große Greifvögel, wie Rot- oder Schwarzmilane, reagieren bis zu einer Distanz von 3.000 m (vgl. Gatz, Windenergieanlagen, Rdnr. 230 m.w.N. auf Reichenbach, Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Vögel, S. 146). Gleiches gilt für die bedrohte Greifvogelart der Rohr- oder Wiesenweihe. Rohr- und Wiesenweihen nutzen die Thermik über dem Brutstandort, um sich in größere Höhen "hinaufzuschrauben", um dann sturzflugartig zu den entfernt liegenden Grünländereien zu gelangen. Hier besteht ein erhöhtes, d.h. erhebliches, sog. Vogelschlagrisiko bei Greifvögeln, welches einen erheblichen Schutzabstand erfordert. Hier ist eine entsprechende sog. Pufferzone, d.h. Schutzzone, zu beachten. Diese fehlt hier. Entsprechend der Empfehlungen des Niedersächsischen Landkreistages in der Arbeitshilfe "Naturschutz und Windenergie" wird gefordert, um diesen Brutplatz den Mindestabstand von 1000 m zu Windenergieanlagen bereits im RROP zu berücksichtigen.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die geäußerten Einwände können im Rahmen des weiteren Verfahrens nicht berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1141), die vom Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen wurde und nach wie vor gilt.

ID 1361	Verteiler-Nr. 201	Wasserverband Garbsen-Neustadt Stellungnahme vom 12.09.2014	Suchfläche Nr. 0
Umweltbericht			
Im Umweltbericht Punkt 1.5.2 Seite 19 ist im Absatz 2 das Schutzgut „Wasser/Grundwasser“ zu ergänzen sowie in den weiteren Ausführungen auf Seite 21 die Gefahr der Kontamination des Grundwassers zu nennen.			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
Folgen. Der Umweltbericht wird ergänzt.			
9. Wasserwirtschaft			
ID 1360	Verteiler-Nr. 201	Wasserverband Garbsen-Neustadt Stellungnahme vom 12.09.2014	Suchfläche Nr. 8
Wasserwirtschaft			
<p>...leider stellen wir fest, dass Ihre Kartenwerke Vorrangflächen für die Trinkwasserversorgung Standort Steimbke nicht enthalten. Wir bitten um Prüfung und Nachtrag und verweisen u. a. auf unser Schreiben vom 24.05.2012. Weiter verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 10.12.2013 sowie unsere Ausführungen am Erörterungstermin 30.07.2014 (siehe Protokoll). Es sollte deutlich werden, dass Anlagen nicht errichtet werden dürfen, wenn das öffentliche Interesse - in diesem Fall ein Trinkwassergewinnung- oder Wasserschutzgebiet - dagegen spricht. Sollte dennoch eine Baugenehmigung zum Bau einer Windenergieanlage im Schutzgebiet erteilt werden, fordert der Wasserverband Garbsen - Neustadt a. Rbge. folgende Auflagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> > Frühzeitige Beteiligung der Wasserversorgung / Hydrogeologie bereits in der Planungsphase von Einzelanlagen, Windparks und Ausweisung von Vorrangflächen. > Generelle wasserrechtliche Beteiligung bei den Antragsverfahren, auch, wenn der Bau von Windkraftanlagen in den Schutzgebietsverordnungen nicht berücksichtigt sind. > Keine Windkraftanlagen in Schutzzone I und II. Errichtung von Windkraftanlagen in Schutzzone III nur nach vorausgehender Einzelfallprüfung. Die Schutzzone III (III A und III B) sollte generell nur als bedingt taugliches Gebiet zur Windkraftnutzung angesehen werden. Eine explizite hydrogeologische Eignungsprüfung/Unbedenklichkeit ist unabdingbar. In Abwägungsfällen ist stets dem Grundwasserschutz Vorrang einzuräumen. > Beweissicherungsmaßnahmen vor Baubeginn und während der Baumaßnahme (aufgrund möglicher Langfristschadenspotentiale) / u. a. Sicherstellung einer dauerhaften Wirksamkeit der Ringraumabdichtung sind unerlässlich. > Aufstellung und Durchführung von hinreichenden Beweissicherungskonzepten. Die Beweissicherungspflicht muss dabei bei dem Windkraftanlagenbetreiber liegen. Diese beinhalten z. B. ein dauerhaftes Grundwasser Monitoring im Zu- und Abstrom der Anlagen einschließlich Errichtung zusätzlicher Grundwassermessstellen. Ausweisung von Wasserschutzzone II (mind. Radius = 100 m) pro Windkraftanlage, aufgrund der Vorbelastung des Bereiches. <p>Die Ausführungen u. a. auf Seite 29 im Entwurf sind soweit anzupassen, dass die Wasserschutzgebiete der Klassen I und II ohne Einschränkungen als „hartes Tabu“ erklärt werden.... Für die vorhandenen Trinkwasserrohrleitungen im Versorgungsgebiet der Samtgemeinde Steimbke stellen wir gern Leitungspläne bereit. Bitte sprechen Sie uns an.</p>			
<u>Abwägungsvorschlag</u>			
Kenntnisnahme.			

Hinweis: Die Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher Belange ist durch die Beteiligung der unteren Wasserbehörde des Landkreises Nienburg/Weser im Rahmen der Einzelfallgenehmigung sichergestellt.

ID 1363	Verteiler-Nr. 207	NLWKN - Bst. Sulingen Stellungnahme vom 08.09.2014	Suchfläche Nr. 15
-------------------	-----------------------------	---	--------------------------

Wasserwirtschaft

...hinsichtlich der vorgelegten Aktualisierung des Entwurfs 2013 verweise ich auf unsere Stellungnahme vom 7.2.14 ergänzt um den Hinweis, dass durch die Änderungen des Entwurfs eine weitere Messstelle des NLWKN im Planungsgebiet zu finden ist, für die die bereits erfolgte Stellungnahme ebenfalls gilt. Im Anhang finden Sie neben der ursprüngliche Stellungnahme den entsprechenden Kartenausschnitt mit der nun ebenfalls betroffenen Messstelle Uchte.

Abwägungsvorschlag

Kenntnisnahme.

10. Wohnen

ID 1330	Verteiler-Nr. 164	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, Flecken Bruchhausen-Vilsen, Gemeinde Martfeld Stellungnahme vom 01.09.2014	Suchfläche Nr. 2
-------------------	-----------------------------	--	-------------------------

Wohnen

2. Abstände zur Bebauung

Es wird grds. begrüßt, dass die Abstände zur Wohnbebauung im Vergleich zum Entwurf 2010 bereits erweitert wurden.

Wurden für die Ermittlung der Vorranggebiete in 2010 noch pauschale Abstände zur "Wohnbebauung" von 500 m in und zur Einzelwohnbebauung von 300 m berücksichtigt, so werden im vorliegenden Entwurf Abstände von 800 m zur Wohnbebauung und 500 m zur Einzelwohnbebauung angenommen. Diese Abstände bleiben deutlich hinter den Abständen im Rahmen der 80. F-Planänderung der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen mit 1000 m zu reinen Wohngebieten, 750 m zu allgemeinen Wohngebieten und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich zurück. Aussagen zu Mischgebietsflächen fehlen im Entwurf völlig. Auch hier ist differenzierend abzuwägen, welche Abstände bei Mischgebietsflächen anzusetzen sind. Nicht beachtet wurde die Möglichkeit, einen (noch weiteren) Schutzkreis um eine vorhandene Bebauung zu ziehen, wenn die zu beachtenden "Siedlungsabstände" diese aus städtebaulich tragfähigen Gründen - wie hier - gebieten. Jedenfalls sind nicht sämtliche für und gegen die Flächen sprechenden Gesichtspunkte berücksichtigt und abgewogen worden. Ein klares Auswahlkonzept ist nicht erkennbar.

Darüber hinaus fehlen Aussagen in der Begründung wie mit Innenbereichsflächen nach § 34 BauGB verfahren wurde. Insbesondere Innenbereichsflächen nach § 34 Abs. 2 BauGB bedürfen einer besonderen Betrachtung.

Für die Einzelbebauung ist zu bedenken, dass sowohl in der Rechtsprechung als auch in der Kommentierung bei einem Abstand von weniger als der zweifachen Gesamthöhe der Anlagen eine dominante und optisch bedrückende Wirkung für die Bewohner angenommen wird. Erst bei einem Abstand vom dreifachen der Gesamthöhe wird davon ausgegangen, dass diese Wirkung in der Regel nicht Eintritt.

Danach wäre der Mindestabstand bei den angestrebten Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m mit 600 m zu bemessen. Unter Berücksichtigung dieses Vorsorgegesichtspunktes ist ein Abstand von 600 m in die Planung aufzunehmen.

Die optisch bedrängende Wirkung der Windenergieanlagen ist erst dann i.d.R. nicht anzunehmen, wenn der Abstand zwischen einem Wohnhaus und der Windkraftanlage mindestens das Dreifache der Gesamthöhe der gesamten Anlage beträgt (so die ständige Rechtsprechung des Nds. Oberverwaltungsgerichts). Dieser Mindestabstand liegt hier offensichtlich nicht vor. Auch hier ist die Begründung zur I. Änderung des RROP vor dem Hintergrund der eigenen Ausführungen der Begründung auf S. 32 (Ziff. 2.4.2.1) unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hannover widersprüchlich. Danach wären Anlagen auf einer Gesamthöhe auf/bis etwa 165 m zu begrenzen.

Abwägungsvorschlag

Nicht folgen.

Die geäußerten Einwände können im Rahmen des weiteren Verfahrens nicht berücksichtigt werden. Es wird auf die Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Entwurf 2013 hingewiesen (ID 1138), die vom Kreisausschuss des Landkreises Nienburg/Weser am 14.07.2014 beschlossen wurde und nach wie vor gilt.